

Über den Volksboten

Organ für die Interessen der wertmäßigen Bevölkerung

Der „Über den Volksboten“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3,00, monatlich 1,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltene Poststelle oder deren Raum 35 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., ansonstige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 95.

Mittwoch, den 24. April 1918.

25. Jahrg.

Auf dem richtigen Wege.

Von Philipp Scheidemann.

Bei jedem Blick in die Presse der Unabhängigen stoßen wir auf Beschimpfungen unserer Partei, weil sie die für die Landesverteidigung erforderlichen Kriegsmittel bewilligt hat, weil sie angeblich eifrige Prinzipien verraten und sich außerdem in die Knechtschaft der Regierung begeben haben soll. Zumeist werden aber auf der gleichen Seite die Leser der unabhängigen Presse „in Keilschrift auf sechs Ziegelsteinen“ ermahnt, den letzten Heller für die neue Kriegsanleihe zu opfern, denn das Vaterland gebrauche das Geld zur Führung des Krieges: „Auch du hast noch Geld genug, das du deinem Vaterland leihen kannst.“ So wird uns sinnfällig Tag für Tag demonstriert, was der Name jener Gruppe bedeutet: **U n a b h ä n g i g v o n j e g l i c h e r L o g i k!** Ein Scheusal, ein „Regierungsknecht“ bist du, wenn du die Kriegsmittel bewilligst, aber ein Scheusal bist du auch, wenn du nicht den letzten Heller zur Beschaffung von Kanonen dem Vaterland pumpst.

Wenn man alle Tage von den Revolutionären um Bernstein und Cohn Schwarz auf weiß beschimpft erhält, daß man ein Parteiverräter ist, so wird das schließlich langweilig, und wenn man sich vorstellt, daß der Gesang von den Regierungssocialisten noch jahrelang fortgesetzt werden könnte, so wird einem übel. Von unserer Seite wird dagegen bei der manchmal absolut nicht zu umgehenden Abwehr der Unabhängigen eine Zurückhaltung beobachtet, die von vielen nicht gebilligt, hoffentlich aber bald von allen verstanden wird.

Die Unabhängigen haben die Partei gespalten und damit die deutsche Arbeiterklasse derart geschädigt, daß die Folgen vorläufig gar nicht übersehen werden können. Sie haben ohne jedes Gefühl für die große Verantwortung, die auch sie zu tragen hatten, so leichtfertig gehandelt, daß sie jetzt alle ihre Kräfte auf die Versuche konzentrieren müssen, ihr Handeln so gut wie möglich vor den von ihnen getäuschten Arbeitern zu rechtfertigen. Da sie zugunsten ihrer parlamentarisch-politischen Tätigkeit, die zumeist lediglich im Demonstrieren mit einem gewissen Körperteil bestand, nichts, aber auch gar nichts anführen können, suchen sie ihre Position besser zu gestalten, indem sie die Sozialdemokratische Partei verdächtigen. Das ist die Erklärung für ihre Tätigkeit, deren Fortsetzung, wenn sie von Erfolg gekrönt sein könnte, die kühnsten Träume des Reichesverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie verwirklichen würde. Und wir? Was hören uns die Deklamationen der Bernstein und Ledebour! Unser Tun muß eingestelltes bleiben auf die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse. Das ist die Erklärung für unsere Taktik, die die deutsche Arbeiterklasse wieder zusammenschweißen wird. Die Innenpolitik der Revolutionäre von Albrecht bis Jubel ist genau so miserabel wie ihre Außenpolitik. Dafür einige Beispiele:

Die politischen Organisationen dürfen nach dem Vereins- und Versammlungsrecht Jugendliche unter 18 Jahren nicht als Mitglieder aufnehmen. Um die Gewerkschaften in ihrer Entwicklung zu lähmen, um ihnen vor allem den Zustrom jugendlicher Arbeiter abzugraben, wurden auch sie vor dem Kriege vielfach als politische Vereine erklärt. Was das zu bedeuten hatte, braucht hier nicht weiter dargelegt zu werden. Unser Bestreben mußte naturgemäß darauf gerichtet sein, durch gesetzgeberisches Eingreifen solchen Auslegungen des Vereinsgesetzes zum Schaden der Gewerkschaften einen Riegel vorzusetzen. Unser Bestreben war auch von Erfolg gekrönt. Die **U n a b h ä n g i g e n** stimmten aber gegen diesen Fortschritt! Sie behaupteten, daß durch die Beseitigung der Fessel für die Gewerkschaften eine Verschlechterung eintreten würde.

Wir verlangen die Demokratisierung des Reiches und die Parlamentarisierung. Letzterer kann, soweit der Reichstag in Betracht kommt, nur dann der Weg geebnet werden, wenn der Artikel 9 der Reichsverfassung beseitigt wird. Dieser Artikel bestimmt, daß ein Mitglied des Reichstages nicht gleichzeitig Mitglied des Bundesrats sein kann. Um das an einem Beispiel in der Praxis zu illustrieren, sei daran erinnert, daß der Vizekanzler Herr v. Payer, der dem Reichstage seit vier Jahrzehnten angehört, nicht in den Bundesrat eintreten konnte, bevor er sein Reichstagsmandat niedergelegt hatte. Ein Vertreter der Unabhängigen im Verfassungsausschuß hielt eine heftige Rede gegen die Beseitigung des Artikels 9, weil doch nichts dabei herauskomme.

Wir verlangen die höchste Besteuerung der Kriegsgewinne. Es kam schließlich eine Vorlage, die uns nicht reiflos befriedigte, die aber immerhin die Kleinigkeit von fünf Milliarden Mark eingebracht hat. Die **U n a b h ä n g i g e n** lehnten diese Steuer ab. Ihre Taktik hätte unter Umständen dazu führen können, daß die Arbeiter den Löwenanteil dieser 5000 Millionen Mark hätten zahlen müssen statt der Daimler und Konsorten.

Diese paar Beispiele illustrieren die innerpolitische Tätigkeit der Unabhängigen zur Genüge. Die außenpolitische Betätigung der Fraktion Haase, die nach einer Erklärung Ledebours ungefähr das gleiche wie die Bolschewiki in Rußland, erreichte ihren Höhepunkt

mit der Ablehnung der Friedensresolution des Reichstages am 19. Juli 1917. Angesichts der Unversöhnlichkeit, mit der die Unabhängigen die sozialdemokratische Fraktion der Kriegsverlängerung beschuldigen, weil sie nicht die Politik der Unabhängigen treibt, wollen wir doch einmal mit der Offenheit und Rücksichtslosigkeit gegenüber unseren Anhängern reden, die uns nunmehr geboten erscheint. Außer dem alldeutschen Eroberungsgerede konnte nichts mehr dazu beitragen, den Kriegswillen und die Zuversicht der Entente immer wieder von neuem zu beleben, also den Krieg zu verlängern, wie die Taktik der Unabhängigen. Unsere Politik war vollkommen klar. Wir bekämpften den Krieg bis zum äußersten. Als er dennoch ausbrach, bewilligten wir dem Vaterland die zu seiner Verteidigung erforderlichen Mittel, genau wie das die französischen und englischen Sozialisten auch getan haben. Um seinen Tage aber begannen wir unsere Arbeit für den Frieden der Verständigung und Versöhnung. Unsere Friedenspropaganda war nicht ganz vergeblich. Erfolg hatten wir im deutschen Volke, Erfolg bei der großen Mehrheit des Reichstages, Erfolg bei der Regierung, die wiederholt ihre Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden im Laufe der Kriegsjahre vor aller Welt kundgetan hat. **M i k e r s o l g** hatten wir bei den Sozialisten der Entente. Sie gingen auf die von neutralen Sozialisten gemachten Vorschläge, die wir gutgeheißen hatten, nicht ein. Sie kamen auch nicht nach Stockholm; **M i k e r s o l g** hatte auch die Reichsregierung bei den feindlichen Regierungen. Nur deshalb kam mit Rußland ein Friede zustande, der uns nicht befriedigte, nur deshalb geht das furchtbare Ringen im Westen weiter.

Wie ist das ablehnende Verhalten der Ententerregierungen zu erklären? Wer sich nicht verständigen will, muß naturgemäß darauf ausgehen, den anderen zu besiegen, um ihm dann die Bedingungen aufzuerlegen, die auf Grund einer Verständigung nicht erzielt werden könnten. Die Entente nimmt es also ernst mit ihren oft genug verkündeten Kriegsziele Deutschland gegenüber. Sie hat gewiß nicht nur mit der Möglichkeit, sondern mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet, den entscheidenden Sieg über unser Volk davonzutragen. Das ist aber gerade, was wir unter allen Umständen verhindern wollen. Verständigen — ja! Annexionen und Vergewaltigungen — nein! Die deutsche Niederlage — unter keinen Umständen! Demgemäß haben wir nicht nur geredet, sondern auch gehandelt. Mit unseren Reden und Handlungen hat man denn auch im Ausland gar nichts gegen deutsche Interessen anfangen können. Beweis: die von den Unabhängigen übernommenen schönen Titel, die man uns angehängt hat: Sozialpatrioten, Sozialimperialisten, Sozialisten des Kaisers, Kaiseristen usw.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die von den Alldeutschen verkündeten Kriegsziele den Ententerregierungen die Aufforderung zum Durchhalten und Weiterkämpfen ungemein erleichtert haben. Wenn wir gegen die von den Russen beabsichtigt gewesene Annexion Ostpreußens und gegen die Herausgabe Elsaß-Lothringens uns gewehrt und unsere Entschlossenheit bekundet haben, das Auserzeste zu leisten, um diese Vergewaltigung zu verhindern, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Franzosen und Engländer das gleiche taten, in dem Glauben an die angeblichen „deutschen“ Absichten, Belgien zu annektieren und die französische Grenze bis zur Somme zurückzulegen. War also die Aufstachelung des Kriegswillens in Frankreich und England sehr erleichtert worden durch die Alldeutschen und die Vaterlandspartei, so mußten wir bestrebt sein, die Stellung der feindlichen Regierungen dem friedenswilligen Teil ihrer Völker gegenüber zu erschweren. Das konnte am besten geschehen durch den Hinweis darauf, daß die Zahl der Eroberungspolitik in Deutschland gering, die Mehrheit des Volkes aber, die den Verständigungsfrieden wolle, groß sei. Wir betonten, daß es falsch sei, die Forderungen der Alldeutschen auszugeben, als die „Forderungen ganz Deutschlands“ oder der deutschen Regierung. Wir wiesen lebhaft auf die Erfolge unserer Friedenspropaganda hin, die weiter oben erwähnt worden sind. Es gab kein besseres Mittel, die feindlichen Regierungen zur Vernunft zu bringen. Die Politik der Herren Lloyd George und Poincaré wurde auch zweifellos erschwert, die Zahl der Pazifisten wuchs.

Was taten nun die Unabhängigen? Sie schrien in alle Welt hinaus, daß wir die Geschäfte der Annexionisten und der Regierung besorgten. Wir hätten besonders die Erklärungen des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg falsch interpretiert. Alle Erklärungen des Reichskanzlers seien ebenso zweideutig wie die Resolution der Reichstagsmehrheit. Deshalb lehnten sie nicht nur diese Resolution, sondern selbstverständlich auch die Kriegskredite ab. Deutschland führe einen Eroberungskrieg! Um hatten wir also bemühtermaßen den Friedenswillen im Auslande gestärkt, die Stellung der feindlichen Regierungen erschwert, so leiteten die Unabhängigen durch ihr Geben, natürlich unbewußt, den kriegswilligen Mächtern wie Lloyd George und Poincaré immer wieder Wasser auf die Mühle. Durch törichte Redensarten wurden überdies die feindlichen Hoffnungen auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch und die daher bald in Deutschland eintretende Revolution gestärkt.

Wer jemals Hoffnungen auf die Unabhängigen gesetzt hat, sei es im Inland, sei es im Ausland, ist enttäuscht worden. Die Russen hätten bestimmt einen besseren Frieden haben können, wenn sie rechtzeitig dazu bereit gewesen wären; die Franzosen werden auch noch bedauern, daß sie die verschiedenen psychologischen Momente verpaßt haben, weil sie von ihren Absichten auf Elsaß-Lothringen nicht Abstand nehmen wollten. Wir bedauern, daß der Krieg nicht schon vor Jahr und Tag auf Grund einer Verständigung beendet worden ist. Tausende von Menschenleben hätten gerettet werden können, und der Zukunft dürften wir beruhigter entgegensehen, wenn der Frieden nicht durch gewaltige militärische Entscheidungen hätte herbeigeführt werden müssen. Die Entente hat es nicht anders gewollt, und so kann unser Wunsch nur der sein, daß der Sieg so schnell wie irgend möglich unseren Heeren zufällt.

Mit unserer Politik waren und sind wir auf dem richtigen Wege. Das haben auch die Arbeitermassen erkannt. Wir wären Loren und Würden uns am Volke und am Sozialismus schwer verübigen, wenn wir ihn verlassen wollten. Das heißt freilich nicht, daß wir zu allem, was uns auf dem bisher verfolgten Wege vorgelegt wird, „ja“ zu sagen hätten. Keineswegs! Das haben wir bisher nicht getan, wir werden es auch in Zukunft nicht tun. Von Tagesstimmungen dürfen wir uns nicht beeinflussen lassen, unsere Politik muß zielklar sein. Dann werden uns die alten Anhänger nicht nur treu bleiben, neue werden uns zufließen. Wenn eine Arbeiterschaft gegen uns verkehrt war, dann gewiß die Berliner, der Jahr und Tag während des Krieges durch den „radikalen“ Vorwärts unsere Verworfenheit demonstriert worden ist. Trotzdem der glänzende Sieg in Niederbarnim! Dieser stärkste Brückenkopf der Unabhängigen hätte einige Wochen früher fallen müssen. Wahrscheinlich hätte dann der Zusammenbruch der Unabhängigen einen noch größeren Eindruck im Auslande gemacht, vielleicht hätte er sogar weittragende Folgen haben können.

Was der Krieg bringt.

Deutscher Abendbericht.

WSB. Berlin, 23. April, abends. (Amtlich.) Von den Kriegshauptstäben nichts Neues.

Bisher 3913 Quadratkilometer erobert.

In den ersten 18 Tagen der großen Schlacht in Frankreich verloren die Engländer 3440 Quadratkilometer französisches Bodens. In der zweiten Phase der Kämpfe büßte der Feind an der Lys in 9 Tagen 473 Quadratkilometer belgisches und französisches Bodens ein. Ausgelampt überließ also die Entente den Deutschen in dem ersten Monat der Offensive ein Gebiet von 3913 Quadratkilometer, damit sind weite, blühende französische Landstriche, die bisher vom Krieg verschont waren, diesem Schrecken preisgegeben. Die ideellen und materiellen Werte, die Frankreich infolge der englischen Niederlagen verloren gehen, lassen sich nicht annähernd in Zahlen umlegen.

Seegeresche im Grenzgebiet der deutschen Bucht.

Berlin, 23. April. (Amtlich.) Eine unserer Patrouillen stieß am 20. April nachmittags im Grenzgebiet der deutschen Bucht nördlich Leerschelling auf leichte feindliche Streitkräfte, die sich nach kurzem Feuergefecht mit höchster Fahrt zurückzogen. Der Feind hat mehrere Treffer erlitten. Unsere Streitkräfte haben keine Beschädigungen und keine Verluste.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Deutschland und Holland.

Nach der außerordentlichen Sitzung des holländischen Ministerrates, in der eingehend über die zwischen Holland und Deutschland schwebenden Verhandlungen beraten wurde, macht sich jetzt in jährenden politischen Kreisen in Holland ein Gefühl der Erleichterung bemerkbar, das als gutes Zeichen für die Behebung der Schwierigkeiten anzusehen ist. Aus besserer Quelle verlautet, daß die Minister sich über einen Modus einigten, der als Grundlage einer für beide Parteien befriedigenden Regelung betrachtet wird.

Die Situation.

sind unbankbare Menichen. Sie wollen von einer Angliederung ihres Landes an Sachsen absolut nichts wissen. Natürlich kommt nun sofort das Gerücht, daß ein solcher Plan überhaupt bestanden habe. Es soll Leute geben, die das glauben.

Kaucherkarte in Oesterreich.

Nach einer gestern erschienenen Verordnung des Finanzministers soll in Oesterreich die amtliche Kaucherkarte eingeführt werden. Danach bekommt jeder Raucher 6 Cigaretten, 18 Cigaretten oder ein halbes Päckchen Tabak pro Woche. Die Verordnung tritt in 8 Wochen in Kraft.

Neue Kriegsvärsung in Rußland.

Wie das „Wiener Fremdenblatt“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, hat die Bolschewiki-Regierung durchaus eine militärische Rücksicht eingeschlagen. Es heißt, jeder Bürger müsse Soldat sein, um beim ersten Anruf mit der

Waffe in der Hand zum Schutze des Vaterlandes einrücken zu können. Selbst Lenin hat den Widerstand gegen den Militarismus aufgegeben und hält die Wiederherstellung der russischen Armee für eine gebieterische Notwendigkeit. Alle Militärschulen werden wieder eröffnet, um die nötigen Offiziere für die Armee auszubilden.

Der neue Finanzetat der Bolschewiki-Regierung.

Aus Petersburg wird berichtet: Der Etat der Bolschewiki-Regierung veranschlagt die Ausgaben für die ersten sechs Monate des Jahres 1918 auf 24 1/2 Milliarden Rubel. Der Volkskommissar für Finanzen sprach in einer Rede u. a. über die Unmöglichkeit, eine so gewaltige Summe zu decken. Enorme Beträge seien durch die Hände der lokalen Sowjets gegangen, wo dieses Geld jedoch geblieben, wisse niemand.

Der sibirische Eisen.

„Manchester Guardian“ stellt eine Berechnung darüber an, welchen Aufwand an Anstrengungen, eine Befestigung Sibiriens seitens Japans erfordern würde, und kommt zu dem Resultat, daß dies keine geringe Aufgabe sei. Die sibirische Bahn beginnt bei der Stadt Tscheljabinsk, die etwa 100 Meilen nördlich des Ural und 500 Meilen westlich von Omsk entfernt liegt. Wollen die Japaner die Mineralerschätze des Ural überwachen, so müßten sie noch westlich über Tscheljabinsk hinausbringen und sich auf einer Front von unbestimmter Länge ausdehnen. Tscheljabinsk ist aber 4000 (englische) Meilen mit der Eisenbahn von Wladiwostok entfernt. An diese Eisenbahnlinie schließt sich eine zweite, die durch das Gebiet des Amur und Ussur führt und ungefähr 1500 (englische) Meilen lang ist. Sollte also eine japanische Befestigung bis Tscheljabinsk heranziehen, so würde eine 5500 Meilen lange Eisenbahnverbindung mit Wladiwostok zu überwachen sein. Rechnet man dazu noch den Weg durch die Mandchurie, so würde sich die zu kontrollierende Eisenbahnstrecke auf 6000 Meilen belaufen.

Die neuen Kriegsteuern Bonar Law.

Im Unterhause brachte Bonar Law das Budget ein. Er führte dabei aus: „Die Kredite für das laufende Jahr werden auf 2550 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Sie stellen eine tägliche Ausgabe von 6 980 000 Pfund (1 Pfund = 20 Schilling) dar. Die Anleihen an die Militärs werden auf 300 Millionen und die an die Dominions auf 50 Millionen geschätzt. Die Gesamtausgaben werden mit 2 872 197 000 Pfund, die Gesamteinnahmen mit 82 050 000 Pfund angesetzt. Die neuen Steuern werden voraussichtlich ein Erträgnis von 67 860 000 Pfund bringen. Die gesamten am Ende des vergangenen Jahres erhobenen Kriegsteuern betragen 1044 Millionen, diejenigen Deutschlands 365 Millionen. Das gesamte Kriegsteuernerträgnis am Ende des laufenden Jahres wird mit 1 686 Millionen angesetzt. Die neue Portozugabe ist für Zölle von 1 Penny auf 1 1/2 Pence und für Postkarten von 1/2 Penny auf 1 Penny erhöht worden und wird 3 400 000 Pfund einbringen. Die Erhöhung der Schenksteuer von 1 auf 2 Pence soll 750 000 Pfund in diesem Jahre einbringen. Die Einkommensteuer ist erhöht worden von 5 Schilling auf 6 Schilling für das Pfund bei Einkommen über 500 Pfund jährlich und soll 11 250 000 Pfund einbringen. Die Ergänzungsteuer ist von 3 Schilling 6 Pence auf 4 Schilling 6 Pence für das Pfund bei Einkommen über 2500 Pfund erhöht worden und soll 9 750 000 Pfund einbringen. Das neue Einkommensteuererlösnis für Farmer soll 2 500 000 Pfund in diesem Jahre einbringen. Die Spirituosenabgabe ist erhöht von 14 Schilling 9 Pence auf 30 Schilling für die Gallone und wird 10 500 000 Pfund in diesem Jahre bringen. Die Biersteuer ist verbessert worden und wird in diesem Jahre ein Erträgnis von 9 700 000 Pfund haben. Die Tabaksteuer ist von 6 Schilling 5 Pence auf 8 Schilling 2 Pence für das Pfund erhöht und wird dieses Jahr 7 500 000 Pfund einbringen. Die Zucksteuer für Zucker wird im laufenden Jahre ein Erträgnis von 12 400 000 Pfund haben. Die Luxussteuer wird auf 2 Pence für den Schilling bemessen.“

Bonar Law sagte in seiner Budgetrede weiter: Im letzten Finanzjahre brachten unsere Vorkämpfe an die Verbündeten 305 Millionen, während die Vorkämpfe Amerikas an alle Verbündeten sich auf 950 000 000 Pfund belaufen. Von diesen Summen wurden uns ungefähr 500 Millionen vorgezahlt, und 450 den anderen Verbündeten. Unsere Vorkämpfe an die Verbündeten betragen also ungefähr ebenso viel wie die amerikanischen an uns.

Im Unterhause wurden die Budgetentwürfe schließlich vorläufig angenommen. Die Entscheidung über die Einkommensteuer erhöht die Steuer auf Einkommen, die nicht Arbeitseinkommen sind, von 5 auf 6 Schilling, Einkommen unter 500 Pfund Sterling sollen wie bisher 3 Schilling 3 Pence zahlen. Danach soll der Satz steigen, bis Arbeitseinkommen von 25 000 Pfund Sterling auf 5 Schilling 3 Pence kommen.

Der erste Zusammenstoß in Irland.

In Irland ist bereits Blut. Die Polizeistation am Bahnhof von Dorrville wurde von den Sinnfeinern angegriffen, die den anwesenden Schulreuten die Waffen abnehmen wollten. Andere Schulreute kamen hinzu und feuerten auf die Sinnfeinern. Ein junger Mann wurde getötet und ein zweiter tödlich verletzt.

Ueber Richtshofens Tod.

Der allgemein bedauert wird, meldet Reuters: Der englische Marschall Haig berichtet, daß am 21. April 11 deutsche Flieger im Luftkampf abgeköpft wurden. Es stellte sich heraus, daß unter ihnen sich der Rittmeister v. Richtshofen befand, der nach seinen Angaben über 80 alliierte Flieger heruntergeschossen hatte. Seine Leiche wurde gestern mit vollen militärischen Ehren beigesetzt. Der Reiter-Beobachter bei der englischen Armee drachtet: Die Beisetzung des Rittmeisters v. Richtshofen geschah in der Weise, wie es bei der Beisetzung von Offizieren der Kaiserlichen Armee gebräuchlich ist. Der gefallene Flieger wurde gestern nachmittags auf einem freundlichen kleinen Friedhof nicht weit von dem Ort, wo er heruntergeschossen wurde, beigesetzt. Eine Abteilung des königlichen Fliegerkorps war bei der Beisetzung zugegen.

Freiherr v. Richtshofen war am 2. Mai 1882 geboren. Der Berichterstatter des „Daily Chronicle“ bei der englischen Armee berichtet: Das Richtshofen'sche Geschwader, das aus 20 Kampf- und Aufklärungsflugzeugen bestand, erlitten am Montag über den englischen Küsten in der Nähe des Somerset, machte Jagd auf unsere Flugzeuge und schwenkte dann nach Norden. Bald waren etwa 50 Flugzeuge miteinander in ein Gefecht verwickelt. Alle Flugzeuge, die sich in weiten Kreisen umkreisten, beteiligten sich daran. Es kam zu einer Luftschlacht, wobei es unmöglich war, die Kampfflugzeuge zu erkennen. Aber dann sah man Richtshofen, der nur 150 Fuß über der Erde flog und dessen Flugzeug dann herabstürzte. Wie man den Leichnam aufhob entdeckte man, daß er in der Seite, in der Nähe des Herzens, getroffen war.

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 23. April. (Mitteil.) Eines unserer U-Boote, Kommandant Kapitänleutnant Kolbe, hat in den vergangenen Wochen im Sperrgebiet um die Azoren und bei den Kanarischen Inseln 11 Dampfer, 4 Sealer und 2 Fischdampfer mit insgesamt 30 662 Brutto-Register-Tonnen versenkt.

Hierunter befanden sich der portugiesische Dampfer „Nephtun“ von 200 Brutto-Register-Tonnen, die italienischen Dampfer „Gaetano Constante“ von 1027 und „Luigi“ von 3549 Brutto-Register-Tonnen sowie der englische Dampfer „Elaktion“ von 3192 Brutto-Register-Tonnen. Letztere beiden waren bewaffnet und mußten im Artilleriekampf wiedergeköpft werden. Das 7,5-Zim.-Geschütz des englischen Dampfers wurde erbeutet und der Kanalan gelandet genommen.

Unter den Seeschiffen befanden sich die amerikanischen Schoner „Julia Frances“ (183 Brutto-Register-Tonnen), „A. B. Whynland“ (130 Brutto-Register-Tonnen) und der englische Schoner „Ellie Hird“ (175 Brutto-Register-Tonnen).

Die für unsere Feinde bestimmten Ladungen der Schiffe waren zum Teil unmittelbar für den militärischen Gebrauch bestimmt. Sie bestanden u. a. aus 3500 Tonnen Erz, 6900 Tonnen Salz, 660 Tonnen Kork, 800 Tonnen Walzöl, 250 Tonnen Kammkerne, 4000 Tonnen Kohle und 4000 Tonnen Sülzkohl, hierunter vor allem Lebensmittel Stachelkraut, Leber usw. Für die deutsche Kriegswirtschaft wurden 12 lederne Treibriemen von je 100 m Länge in die Heimat zurückgebracht.

Der Chef des Admiralkollegiums der Marine.

Das amerikanische Marineamt teilt mit, daß der amerikanische Dampfer „Lake Moor“ am 11. April versenkt und zum Sinken gebracht wurde. Von den 62 Personen, die sich an Bord befanden, wurden 17 in England gelandet.

Die amerikanische Marine.

Soll nach einem Beschluß des Abgeordnetenhauses von 30 000 auf 75 000 Mann verstärkt werden.

Guanamela.

Was vor einem Jahr die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen hat, will nach einer Reue der Vereinigten Staaten gegenüber den Mittelmächten wie die Vereinigten Staaten annehmen. Also eine Kriegserklärung mehr!

Deutscher Reichstag.

Der erste Tag der Steuerdebatte.

Nach Erledigung einer Anzahl kleiner Anträge in der Dienstaufsicht des Reichstages begann die erste Lesung der Vorlagen, die die 11 neuen Steuern enthalten. Es wird wohl kein Parlament geben, das an die Beratung neuer Steuern mit freudigen Gefühlen herangeht und behauptet, daß diese unheimlichen Forderungen nach einem Steuerertrag von 3 Milliarden Mk. im Jahre hat ja jeden, auch wenn er sich bisher davon peinlich verhalten hat, eine Ahnung davon bekommen, was es ein Krieg für die beteiligten Völker bedeutet — ganz abgesehen von den unheimlichen Menschopfern, die er schon während seiner Dauer erfordert.

So unterschiedlich sich denn auch die einleitende Rede des Reichssekretärs Grafen Koderer im Ton natürlich sehr von den Worten, mit denen er sonst Kriegskreditvorlagen beauftragte und die Zeichnungsfolge der Kriegsanleihen feierte; das letztere hat er übrigens auch zur Erklärung seiner Steuerrede getan. Hervorzuheben ist aus dieser Rede die Tatsache, daß das Programm des Reiches auf dem Gebiete der direkten Steuern noch nicht erledigt ist, auch eine Reichserbschaftsteuer wurde angekündigt. Aber solange eben das althergebrachte System besteht: die direkten Steuern den Einzelstaaten, die indirekten dem Reich — solange wird bei jeder neuen Steuerreform dieser Zweck nicht erreicht, der noch verschärft wurde dadurch, daß das Reich, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, schon beim Wehrbeitrag und dann bei der Kriegsteuer kräftig auf dem Gebiete der direkten Besteuerung vorgehen mußte.

Für das Zentrum sprach Dr. Mayer, im großen und ganzen zustimmend. Er wünscht verschiedene Erleichterungen für den „kleinen Mann“ in der Stadt und auf dem Lande. In großzügiger Betrachtung unterwarf Genosse Keil den ganzen umfangreichen Steuerplan einer scharfen, wohlverdienten Kritik. Selbstverständlich befreit die Sozialdemokratie nicht die Notwendigkeit der Deckung des Bedarfs, im Gegenteil sie lehnt alle Verzögerungen auf Kriegsentlastung ab, aber sie wünscht statt eines Rückwärts, das immer neue Reformen nach sich ziehen muß, einen organischen Neubau des gesamten Steuerwesens im Reich und in den Bundesstaaten, der drückende Verbrauchs- und Massenverbrauchssteuern zu vermeiden gestattet würde.

Im großen und ganzen stimmte auch Graf Posadowsky namens der Deutschen Fraktion den Steuerentwürfen zu.

Mittwoch Weiterberatung.

151. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen. Abg. Leube (Sp.) fragt an, was der Reichsfinanzminister zu tun gedenkt, um den Beiträgen der Kriegsgesellschaften sich noch lange Zeit nach dem Kriege zum Schaden des freien Verkehrs zu betätigen, entgegenzutreten.

Ein Regierungsvertreter erwidert, es sei nichts bekannt über Beiträgen der Kriegsgesellschaften, ihre Tätigkeit über den Krieg hinaus auszuweiten.

Abg. Hoff (Sp.) fragt, was der Reichsfinanzminister zu tun gedenkt, um der ungleichen Besteuerung der Landwirte mit städtischen Dingen entgegenzutreten.

Unterstaatssekretär Dr. Müller erwidert, daß eine Besteuerung der früher vom Handel belieferten Betriebe gegenüber von Gewerkschaften belieferten nicht beabsichtigt sei.

Abg. Koste (Soz.): Den Zeitungen ist folgende Zensurverfügung zugegangen: „Alle Veröffentlichungen über eine bei den Mannesmann-Werken und Mannitschwerken Werkschloß in Verbindung damit bei anderen Firmen eingeleitete Untersuchung gegen Steuerhinterziehung und Befreiung von Heeresangehörigen sind verboten.“ In der Reichstagskammer in der Lage, Mitteilungen über die vorgekommenen Angehörigkeiten zu machen und ist er gewillt, jedem Verfassungsverstoß über die vorgekommenen Angehörigkeiten entgegenzutreten. Oberst Raig: Gegen die Leitung der Mannesmann-Werke und Mannitschwerke Werkschloß war eine Untersuchung wegen Steuerhinterziehung eingeleitet worden, und dabei ist der Verdacht entstanden, daß Befreiungen von Heeresangehörigen vorgekommen seien. Dieser Verdacht hat sich nun infolgedessen bestätigt, als ein bereits entlassener Heeresangehöriger sich hat betätigen lassen. Nähere Angaben können nicht gemacht werden, da das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Das Zensurverbot wurde erlassen, um zu verhindern, daß etwaige Täter gewarnt würden. Nachdem es seinen Zweck erfüllt hat, wurde es, noch bevor die Sache im Reichstage zur Sprache kam, aufgehoben.

Abg. Weirhausen (Sp.): In weiten Kreisen der jüngsten Kriegsteilnehmer herrscht Beunruhigung über die Nachrichten, daß während des Krieges freiwillig eingetretene oder eingestellte Kriegsteilnehmer, bevor sie das 20. Lebensjahr vollendet hatten, nach der Demobilisierung ihre ganze aktive Dienstzeit nachbienen müßten.

Ein Regierungsvertreter erklärt, diese Beunruhigung sei nicht berechtigt. Die jungen Leute hätten lediglich ihre gesetzliche Dienstpflicht zu erfüllen und müßten dann nach den gesetzlichen Bestimmungen entlassen werden.

Abg. Weirhausen (Sp.) führt Beschwerde über die Beschränkungen des Versammlungswesens durch das stellvertretende Generalkommando des 2. Armeekorps.

General v. Wiesberg erwidert, die Angelegenheit unterliege der Prüfung.

Es folgt die erste Beratung der Steuerentwürfe.

Zunächst sollen die Besitz-, Umsatz- und Vertriebssteuern, dann die Getränkesteuern diskutiert werden.

Reichsfinanzminister Graf Koderer: Die Mehrheit dieses Hauses hat die Politik begünstigt, die Zinsen unserer Kriegsschulden durch Steuern zu decken. Es wäre auch gefährlich, alle Belastungen bis zum Frieden zu verschieben. Demen, die dies fordern, stehen diejenigen gegenüber, denen wir mit den Steuern noch nicht weit genug gehen, die den Krieg möglichst durch Steuern finanzieren wollen. In bezug auf Steuern ist uns lediglich England voraus, und wir müssen den Vorwurf Englands auf dem Gebiete der Kriegsteuern einzubringen suchen. Freilich hemmt uns England gegenüber der Charakter des Reiches als Bundesstaat. Die Einkommensteuern sind eigentlich die einzigen, die den Einzelstaaten noch belassen sind — kein Wunder, daß die Einzelstaaten sie mit Energie weiter für sich fordern. Andererseits haben wir durch den bundesstaatlichen Charakter des Reiches auch außerordentliche Vorteile für unsere Entwicklung, und um diese zu behalten, müssen wir den Einzelstaaten einen Teil der Einnahmen zu selbstständiger Verwendung überlassen, zumal wir noch garnicht übersehen können, was für eine Fülle von Aufgaben die Einzelstaaten nach dem Kriege zu lösen haben werden. Freilich sagt man, wenn man jetzt nicht auch an die direkten Steuern herantritt, so werden sie zu Ungunsten der indirekten Steuern gesenkt. Nun, die im Kriege bewilligten und die jetzt neu vorgeschlagenen indirekten Steuern würden in den fünf Kriegsjahren im ganzen bestenfalls noch nicht 4 1/2 Milliarden einbringen, die direkten Besteuerungen dagegen, die in den 5 Kriegsjahren einschließlich der in diesem Jahre zu erhebenden erhoben worden sind, betragen 7 1/2 Milliarden Mark, wozu noch die erhöhten direkten Steuern in den Bundesstaaten und Gemeinden kommen. Wenn man sagt, die Besteuerungen sind nur einmalige, so meine ich, es steht noch nicht fest, daß wir nicht auch wieder neue Besteuerungen brauchen. Um eine Erbschaftsteuer werden wir jedenfalls nicht herumkommen. Bei der endgültigen Auseinandersetzung zwischen Reich und Einzelstaaten, bei der endgültigen Steuerreform werden auch die direkten Steuern eine Vermehrung erfahren müssen. Aber für diese endgültige Reform ist jetzt nicht die Zeit. Jedoch die Steuern, die wir schließlich dem Reich überlassen werden, wollen wir jetzt gleich gründlich erledigen, um auf diesen Gebieten nicht Mähdewerk zu schaffen, das gleich wieder der Ausbesserung durch Steuererhöhung bedarf. Deshalb sollen die Getränkesteuern neu geregelt werden mit einem Mehrbetrag von 1200, mit einem Gesamtbetrag von 1600 Millionen Mark, ebenso die Umsatzsteuer mit einem Gesamtertrag von 1 Milliarde. Da kann man doch wohl nicht von Mähdewerk reden, sondern von einer abschließenden Regelung dieser Steuergebiete. Man zeige doch einmal den Kriegsführenden oder neutralen Staat, der eine organischere Reform des Steuerwesens während des Krieges vorgenommen hat, als es mit dem hier vorgelegten Komplex geschieht; dann will ich das Schlagwort vom steuerlichen Pläwewerk anerkennen. Der Reichstag muß diesen Steuerkomplex natürlich gründlich beraten, ich bitte aber doch, ihn möglichst rasch zu verabschieden. Hierauf ging der Redner kurz auf die einzelnen Steuerentwürfe ein.

Abg. Mayer-Kaufbeuren (Zentr.): Es handelt sich um die größte Steuerentlastung, die uns je vorgelegt worden ist. Die gesamten im Krieg beschlossenen Steuern mit diesen neuen Steuern bedeuten eine einmalige Belastung mit 6 Milliarden und eine dauernde Belastung mit 4 1/2 Milliarden. Zusammen mit den Anleihen bedeuten diese Steuern ein unermessliches Maß an unüberwindlicher Kraft und unseres Siegeswillens. Um so mehr ist aber größte Sparbarkeit bei allen Ressorts am Platze. Es trägt sich, ob es gut ist, der künftigen großen Steuerreform durch Anhäufung von einzelnen Steuern, die kein einheitliches Ganzes bilden, vorzugreifen. Wichtig ist vor allem ein richtiges Verhältnis der steuerlichen Belastung von Besitz und Konsum. Der Besitz allein kann natürlich die einzelnen Lasten nicht tragen. Aber das vorgelegte Steuerbudget enthält nur einige Versuche zur Heranziehung des Besitzes, der Rest sind reine Konsumsteuern. Wir werden in der Kommission uns bemühen, eine vermehrte Belastung des Besitzes in die Steuern hineinzuverarbeiten. Die verschiedenen Möglichkeiten jetzt zu erörtern, habe ich für unzweckmäßig. Wir sind bereit, die Wünsche der verschiedenen Parteien in dieser Richtung zu prüfen zur Herbeiführung einer möglichst geschlossenen Haltung des Reichstages. Wir werden auch die Frage zu prüfen haben, ob nicht die angekündigte Erbschaftsteuer schon jetzt in die Vorlagen hereinzuverarbeiten ist, und ebenso die Kriegsgewinnsteuer. Diese bedarf dringend der Aenderung. In ihrer jetzigen Form hat sie zu ungeheuerlichen Vermögensverschleierungen geführt. In die Luxussteuer werden noch andere Luxuswaren einzubeziehen sein. Den Erhöhungen der Postgebühren stimmen wir zu. Ihr ganzer Betrag ist schon jetzt aufgebraucht durch die Erhöhung der Betriebskosten der Post, durch die Teuerungszulagen usw. Die Kriegsteuern der Gesellschaften können nur einen verschwindenden Teil besser herbeibringen, was die Behörden zuviel ausgegeben haben. Sie müssen besser ausgebaut werden. Namens meiner Freunde stelle ich den Antrag, die Steuern dem ersten Ausschuss zu überreichen.

Abg. Keil (Soz.): Die neuen Steuern bilden für uns keine Ausherrschung. Die Einnahmen zur Balancierung des Etats müssen geschaffen werden, wir wollen nicht die Zinsen der Kriegsschulden mit neuen Schulden zahlen, sondern hätten es für richtig gehalten, wenn auch wir, wie England, einen wesentlichen Teil der Kriegskosten durch laufende Einnahmen gedeckt hätten. In England werden die Kriegsteuern in diesem Jahre auf 34 Milliarden Mark gebracht. Es wäre wünschenswert, daß das Reichsfinanzamt eine Übersicht der englischen Finanzpolitik während des Krieges anfertige und dem Ausschuss zugänglich mache. Der Besitz wird in England in einer Weise belastet, die in Deutschland selten und schmerzhaft hervorgerufen würde. Dr. Helfferich hat uns vor zwei Jahren versichert, das Bleigewicht der Milliarden für den Krieg würden unsere Gegner mittragen. Aber er hat auch gleichzeitig auf neue Steuern in großem Umfang hingewiesen. Anstatt der ganzen Entwicklung unserem Volke vorreden zu wollen, mit braunen Hosen keine neuen Steuern, will wir entsprechende Kriegsausgaben erhalten werden, wäre ganz unverantwortlich. Selbst der alldeutsche schwebelnde „Merkur“ gibt zu, daß selbst ein völlig verschütteter Gegner eine erhebliche Kriegsentlastung gar nicht leisten könnte. Wir brauchen Rohstoffe und Nahrungsmittel nach dem Kriege und diese könnten England und Amerika uns umso weniger geben, je mehr sie Kriegsentlastung zahlen müßten. Sie würde auch die Weltkonkurrenz gegen uns verengen und uns dadurch eine Konkurrenzlast auferlegen, die eine Kriegsentlastung mehrfach aufwiegen müßte. Das deutsche Volk hat andere Ideale und Interessen und will den Krieg einer höchst zweifelhaften Kriegsentlastung wegen auch nicht einen Augenblick weiterführen, wenn ein feiner Bestand und seiner Zukunftsentwicklung sicherer Friede erreichbar ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Jeder Monat, den das Volk dem Krieg um des Einkommens einer zweifelhaften Kriegsentlastung...

gang wollen fortsetzen muß, kostet uns selbst vier Milliarden. Niemand darf unseren Truppen draußen zumuten, daß sie um jähenden Mannes willen den Kampf fortsetzen. (Sehr gut! bei den Soz.) — Zurück rechts: Wer tut denn das? Wer sagt, daß wir den Kampf fortsetzen müssen, bis die Gegner zahlen, daß sie schwarz werden! (Sehr wahr!) Das kann man vielleicht draußen im Schlachtfeld sagen, aber nicht von der Tribüne des Herrenhauses! (Sehr gut! bei den Soz.) Was die Vorlage selbst anlangt, hat sie unsere Erwartungen, wie sie der Staatssekretär in seiner Rede erweckt hatte, sehr enttäuscht. Einen ersten Schritt zur Gesamtsteuerreform können wir in diesen Steuern nicht erblicken. Von einem systematischen Aufbau der Steuern ist keine Rede. Nach den heutigen Erklärungen des Staatssekretärs handelt es sich auch diesmal nur um eine Zwischenreform. Hat der Staatssekretär schon überhaupt einen großen Zukunftsplan? Diesmal sind die Steuern wieder ohne einwirkliche schöpferische Idee aus allen Ecken und Winkeln zusammengedrückt. Diese Zusammenstellung ohne leitende Idee ist ein Fikwerk, das nichts Ueberzeugendes und Achtunggebietendes hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Psychologie der breiten Massen, der Einfluß auf die Wählerbewusstseins ist nicht berücksichtigt. Es wird hier wieder das zerstört, was durch soziale und bevölkerungspolitische Maßnahmen erreicht worden ist. Von den drei Milliarden werden etwa 2 1/2 Milliarden fortlaufend und wiederkehrende Steuern sein, die den Verbrauch der breiten Massen belasten; nur eine einzige Steuer, die auf den Kriegsgewinn der Gesellschaften, ist eine direkte, und diese wird nur einmal erhoben. Wie ist die Einbringung eines solchen Steuerkomplexes zu erklären? Nur daraus, daß im Bundesrat nicht Männer entscheiden, die im flutenden Leben stehen, sondern verdorrte Bürokraten. Mit Fingern und Klauen halten die bundesstaatlichen Finanzminister an dem Dogma fest, daß die direkten Steuern Domäne der Bundesstaaten seien; sie fürchten, man will ihnen die direkten Steuern ganz entziehen. Wir denken gar nicht daran, ihnen ihre Einnahmen zu beschränken, sie sollen ihre Kulturaufgaben lösen. Wenn aber nach dem Kriege die Steuerbedürfnisse ungeheuer steigen und drei Viertel oder sieben Achtel dieser Steigerung auf Bedürfnisse des Reiches entfallen, so können nur politische Betreffenden dem Reich den Zugang zur ergiebigen und gerechten Steuerquelle verwehren wollen. Durch das Festhalten an dem Grundgedanken, die direkten Steuern gehören den Einzelstaaten, ist die ganze Steuerpolitik des Reiches von Anfang an verfaßelt und eine großzügige Steuerreform verhindert worden. Ein Brechen mit dieser versteinerten Doktrin ist notwendig, sonst kommt aus Reich aus der Unfreiheit in den Steuerfragen nicht heraus. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Staatssekretär heugt sich zu willig dem Diktat der einzelstaatlichen Finanzbureaucraten. In dieser Zeit, in der alle Bürgerrechte suspendiert sind, in der Millionen ihr Leben hingeben, damit das Deutsche Reich besteihe, in der jeder seinen Spargrößen hingibt für das Reich, bestehen die bundesstaatlichen Finanzminister wie Sphod an ihren Schein, daß dem Reich nichts von den direkten Steuern zukommt. Ist der Staatssekretär in diesem Kampfe unterlegen, vielmehr, weil er nur ein Säbcingefecht führte, so muß der Reichstag ihm zu Hilfe kommen. In dieser Mischung darf der Reichstag die Steuern keinesfalls annehmen, soll nicht der schwerste Schaden im Gefühlsleben und Rechtsempfinden des Volkes entstehen. Die höchstversteuerte und rohe Steuer ist die Umsatzsteuer, die eine Massenverbrauchssteuer großen Stils bedeutet. Sie bedeutet für viele nicht nur eine Belastung, sondern auch eine Beschäftigung. Nicht ausgenommen davon sind die vielen, die schon die Kohlensteuer zu tragen haben. Dabei ist die Kohle für die Industrie und die Bevölkerung so notwendig, wie das tägliche Brot; darum sollte man es bei ihrer einmaligen Besteuerung belassen. Auch die Luxussteuer kann uns die Umsatzsteuer nicht schmächter machen. Ihr Gedanke ist gewiß diskutabel, aber es muß eine sorgfältige Abmessung der Gegenstände erfolgen, die als Luxusgegenstände gelten und es muß auf die Ertragsfähigkeit der betreffenden Industrie Rücksicht genommen werden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die hohe Luxussteuer ist die nach oben ausgebaute Einkommensteuer. Auf keinen Fall können sich die Besitzenden durch eine Luxussteuer von der Pflicht loskaufen, durch eine progressive Einkommensteuer dem Reiche zu geben, was des Reiches ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bis auf Milligramm hat das Reichsfinanzamt abgezogen, was an Umsatzsteuer die Volkswirtschaft ertragen kann, nämlich 5 pro Mille. Wie sie zu dieser Zahl kommt, sagt die Begründung nicht. Bei volkswirtschaftlichen Interessen scheint die Regierung stets nur an Kapitalinteressen zu denken. Ueber die Wirkung oder Steuern auf die Lebenshaltung, die Arbeitszeit, den Kulturzustand der Massen sagt die Regierung nichts. Wehe uns, wenn in der Kapitalbildung und -anhäufung allein die Triebkraft des wirtschaftlichen Fortschritts erblickt wird. Das Urelement des wirtschaftlichen Lebens bleibt die Arbeitskraft und die Menschheit. (Sehr richtig! bei den Soz.) Lassen wir diese verkommen, so nicht uns alle Kapitalbildung nichts. Nun ist gerade die beste Menschenkraft durch den Krieg außerordentlich geschwächt und wir brauchen nach dem Kriege soziale Hebung der Massen. Diese wird verhindert im höchsten Maße durch die Umsatzsteuer, die gerade die Vermehrten im Verhältnis zu ihrem Einkommen am stärksten belastet. Das gleiche gilt auch von der Postabgabe, die nach der vor zwei Jahren bewilligten Abgabe eine Ueberbelastung bildet. Etwas anders zu beurteilen ist die Börsensteuer. Sie bildet eine einseitige Belastung des mobilen Kapitals und läßt das immobile frei, das im Krieg sehr gute Geschäfte gemacht hat und auch bei den neuen Steuern sehr gut wegkommt. Deshalb muß nach einer Belastung auch des immobilien Kapitals gesucht werden, keineswegs aber ist die Börsensteuer abzulehnen; sie ist vielmehr noch zu gering, und kann erheblich vergrößert werden. Insbesondere können die Leute, die Hunderttausende aus Aufsichtsratsposten schöpfen — oft sind 50 solcher Posten in einer Person vereinigt — sehr wohl höhere Opfer bringen, als die Vorlage vorsieht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch wäre jetzt wohl Zeit, eine allgemeine Dividendensteuer einzuführen. Sehr richtig! bei den Soz.) Die himmelstreichende Ausfäugung des allgemeinen Volkvermögens durch große Industrieunternehmen fordert geradezu dazu heraus: Sind doch Dividenden von 50 Prozent keine Seltenheit mehr. An diesen Einnahmen, die auf der Straße liegen, geht der Staatssekretär stolz wie ein Spanier vorbei. Eine solche Verorragung des Reiches ist unerhört. Der Einwand der Doppelbesteuerung ist hinfällig in einer Zeit, wo von einem Verdienst des einzelnen Aktionärs an dem Prosperieren des Betriebes keine Rede mehr sein kann. Eine kräftig gestaffelte Dividendensteuer könnte ganz andere Erträge bringen, als die armelige, kleinliche, gehässige Simonadensteuer. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Kriegsgewinnsteuer der Gesellschaften stimmen wir zu, verlangen aber, wie der Vorredner, einen Ausbau und eine Umänderung der jetzigen Kriegsgewinnsteuer. Jetzt wird all das, was verschwendet wird, von der Steuer nicht erfaßt. Vor allem muß die Steuer überall gleichmäßig scharf erfaßt werden. In Preußen ist die Veranlagung durch die Landräte noch viel zu lax, während sie in Süddeutschland sehr scharf ist. Nötig ist daher eine einheitliche Reichssteuer über die Veranlagung. Ueberhaupt wäre die Schaffung einheitlicher Grundlagen von Reichen wegen für alle direkten Steuern geboten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie steht es mit der Erbschaftsteuer? Der Staatssekretär hat verkündet, sie würde später nicht zu umgehen sein, jetzt kommt es darauf an, die bestehenden Steuern abzuklären. Angesichts der Erfahrungen mit der Poststeuer trau ich dem nicht recht. Aber ist nicht auch die bestehende Erbschaftsteuer nicht nur sehr dürftig erschlossen und erweiterungsfähig? (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Ausbau der Erbschaftsteuer hätte der erste Vorschlag sein müssen. Heute gewinnen wir aus ihr nur 60 Millionen, während wir wie England eine Milliarde daraus ziehen könnten. Neben der Erbschaftsteuer käme die Erneuerung des Vererbungsvertrages in Betracht. Die Gründe, die seinerzeit im Frieden für seine Einführung sprachen, gelten heute mit verzehnfachter Macht. Damals brachte er eine Milliarde, heute muß er erheblich mehr bringen. Wenn der Reichstag ihn ernstlich will, werden die einzelstaatlichen Finanzminister ihn nicht wie vor zwei Jahren abwürgen können. Der gegenwärtige Bizekanzler machte vor zwei Jahren die Zustimmung seiner Fraktion zu den neuen indirekten Steuern von einer dem Vermögen des Einzelnen angepaßten Be-

Der amtliche Kriegsbericht.

III. Großes Hauptquartier, 24. April. (Amtlich.)
Täglicher Kriegsjournal.

Auf den Schlachtfeldern an der Dns und an der Somme blieb die Gefechtsstätigkeit auf örtliche Kampfhandlungen beschränkt.

Nördlich von Bailleul erzielten wir die Höhen von Langelchoek und nahmen hier Franzosen gefangen. Westlich von Bailleul wiesen wir englische Angriffe ab. Starke Vorstöße des Feindes nordwestlich von Bethune wurden in unseren vordersten Linien zum Scheitern gebracht. Vorkämpfe an vielen Stellen der übrigen Front brachten Gefangene ein.

Rittmeister Freiherr v. Rithofen ist von der Besorgung eines Gegners über dem Schlachtfelde an der Somme nicht zurückgekehrt. Nach englischen Berichten ist er gefallen.

Osten.
Finnland.

Die unter dem Befehl des Generals Grafen v. d. Goltz stehenden Truppen haben die Eisenbahnnotenpunkte Arzinge und Buchimedi genommen und nördlich von Pahl die Verbindung mit der finnischen Armee hergestellt.

Ukraine.
In der Krim haben Truppen des Generals Roß Simferopol erreicht.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Ein mißglückter englischer Handstreich gegen die flandrische Küste.

III. Berlin, 24. April. (Amtlich.) In der Nacht vom 22. zum 23. April wurde ein großangelegtes und mit Rücksicht auf einen Einmarsch geplanter Unternehmungen englischer Seestreitkräfte gegen unsere flandrischen Stützpunkte vereitelt. Nach heftiger Beschussung von See aus drangen unter dem Schutze eines dichten Schleiers von künstlichem Nebel keine Kreuzer, begleitet von zahlreichen Zerstörern und Motorbooten, bei Ostende und Zeebrugge bis unmittelbar unter die Kanonen der Mole, die dortigen Schleusen und Hafenanlagen zu zerstören. Gleichzeitig sollte nach Aussagen von Gefangenen eine Abteilung von vier Kompagnien Seesoldaten (Royal Marines) die Mole von Zeebrugge handstreichartig besetzen, um alle auf ihr befindlichen Baulichkeiten, Geschütze und Kriegsgüter, sowie die im Hafen liegenden Fahrzeuge zu vernichten. Nur etwa 40 von ihnen haben die Mole betreten, diese sind teils tot, teils lebend in unsere Hände gefallen. Auf den schmalen und hohen Mauern der Mole ist von beiden Seiten mit äußerster Erbitterung gekämpft worden. Von den am Angriff beteiligten englischen Seestreitkräften wurden die kleinen Kreuzer „Phigonia“, „Tarepiti“, „Syrinx“ und zwei andere kleinerer Bauart, deren Namen nicht bekannt sind, dicht unter der Küste zerstört. Ferner wurden drei Zerstörer und eine größere Zahl von Torpedo-Motorbooten durch unser Artilleriefeuer zum Sinken gebracht. Nur einzelne Leute der Zerstörer konnten von uns gerettet werden. Außer einer durch Hafenanlagen und Küstenbatterien völlig unverfehrt. Von unseren Seestreitkräften erlitt nur ein Torpedoboot Beschädigungen leichtester Art. Unsere Menschenverluste sind gering.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Abg. Graf v. Posadowsky (Dt. Fr.): In der kurzen Zeit, die uns seit Eingang der Vorlagen zur Verfügung stand, war eine gründliche Einsichtnahme dieser umfangreichen komplizierten Vorlagen ganz ausgeschlossen. Das ist ein Bild dafür, welcher Gefahr der Parlamentarismus entgegengeht, immer mehr zu verfallen. Nur noch Berufsparlamentarier, die im Berufsleben, können die Aufgabe wirklich leisten, von einer wirklichen Volksvertretung kann keine Rede mehr sein. Das Brandweinmonopol habe ich stets bekämpft. Aber ich gebe zu, daß man bei dieser ungeheuerlichen Belastung des Reiches manche Grundzüge aufgeben muß, die man früher vertreten hat. Ob es ertragreich sein wird, hängt von der Art seiner Verwaltung ab. Bei den alkoholfreien Getränken wäre eine Bestimmung notwendig, daß bei ihrer Herstellung die gesundheitspolizeilichen Vorschriften zu beachten sind. Das Brennen von Getreide zu Spiritus wird man in Zukunft nicht mehr verantworten können bei dem Steigen der Bevölkerung, und da der für die Landwirtschaft zur Verfügung liegende Boden immer geringer wird. Daher müssen wir aufrichtiger paratam mit dem Boden umgehen. — Für die Warenumschlagsteuer ist jetzt der günstigste Zeitpunkt. — Die Post bringt noch nicht die Einnahmen, die sie bringen könnte. Es werden ganz überflüssigerweise bei der Post gebildete Leute, z. B. zur Ausgabe von Posterscheinen benützt. (Sehr wahr!) Solche

einfache Arbeiten kann jedes junge Mädchen ausführen; man würde so wesentlich an Gehältern sparen. Die Einkommensteuergehebung sollte auf eine einheitliche Grundlage gestellt ihre Veranlagung wesentlich verbessert werden. Dazu sind besondere selbständige fiskalische Behörden notwendig. Das Gehalt gegen die steuerpflichtigen Steuerpflichtigen herabzusetzen, Persönlich wird man ja auf das Verhalten selber nicht im Lande weniger Wert legen. (Sehr wahr!) Eine Kriegskriegssteuer in verständigen Grenzen werden wir von gewissen Steuern bei glücklichem Ausgange des Krieges angeht der Kaufpänder, die wir in Händen haben, wohl erreichen können. Wir werden die vorgelegten Steuern nach Kräften unterstützen. Vorbehaltlich der Abänderung im einzelnen. (Bravo.) Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Hege gegen Kühlmann hat in der letzten Zeit eine ekelhafte Form angenommen. In der alldeutschen schwerindustriellen „Deutschen Ztg.“ ist man nun dazu übergegangen, gegen Kühlmann persönlich die schmutzigsten Angriffe zu erheben. Die robusten Herren des Organs für innerpolitische Reaktion und außenpolitische Brutalität glauben wohl, dem Staatssekretär, dem sie trotz ihres heiligen Eifers politisch nicht beikommen konnten, nur durch einen solchen Genickschlag doch noch beiseite zu können. Um diese Brava-Tatistik wird kein anständiger Mensch die Tentonen der „Deutschen Ztg.“ beneiden.

Hierzu wird am 1. d. M. gemeldet: Regen beleidigender Angriffe gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in einem heutigen Artikel „Der alldeutsche Sittenrichter“ in Nummer 204 der „Deutschen Zeitung“ stellte der Reichsfinanzminister den Strafantrag.

Der bulgarische Gesandte in Berlin, Dimitu Rizew, ist plötzlich gestorben.

Oesterreich-Ungarn.

Neuer Wahlrechtsstreik in Ungarn.

Die Budapestener organisierte Arbeiterschaft veranstaltete gestern nachmittags einen dreitägigen Demonstrationsstreik zugunsten des allgemeinen Wahlrechts. In sämtlichen Betrieben ruhte die Arbeit. Die elektrischen Straßenbahnen stellten den Verkehr ein. Kaffeehäuser und Restaurants sowie die meisten Geschäftsläden wurden geschlossen. Im Stadtwaldchen fand eine Arbeiterversammlung statt. Ungefähr 100 000 Arbeiter zogen ins Stadtwaldchen. Die Parteiführer hielten Reden. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der das allgemeine Wahlrecht gefordert wird. Um 5 Uhr nachmittags war die Versammlung beendet. Die Teilnehmer zerstreuten sich. Nirgends waren Ruhestörungen.

Dänemark.

Die Wahlen zum dänischen Folkething. Wie aus Kopenhagen berichtet wird, hat das dänische Folkething nach den Neuwahlen folgende Zusammensetzung: 71 Anhänger des jetzigen Ministeriums (32 Radikale und 39 Sozialdemokraten), 68 Gegner des Ministeriums, darunter 22 Konservative und 46 Anhänger der Linken. Das Ergebnis von den Färöer-Inseln ist noch unbekannt. Da die Färöer-Inseln unseres Wissens nur einen Wahlkreis bilden, so haben die Anhänger des jetzigen Ministeriums eine knappe Mehrheit über ihre Gegner. Nach den letzten Wahlen 1913 hatten die Sozialdemokraten 32, die Radikalen 31, die Linke 43 und die Konservativen 7 Sitze inne. Die Letzteren haben demnach stark gewonnen. Dieses interessante Wahlergebnis wird noch zu mancherlei Betrachtungen Anlaß geben.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Wittwoch, 24. April.

Die Kleidernot.

Was schon lange vorauszu sehen war, ist zur Gewissheit geworden: die Kleidernot ist da. Die Schwierigkeiten in der Beschaffung der allernotwendigsten Bekleidungsstücke — Oberkleidung, Unterkleidung, Schuhwerk — sind bis zur Unerträglichkeit zugenommen, das heißt auch hier wieder nur für diejenigen Bevölkerungsklassen, für die eine Erneuerung ihres geringen Besizes am dringendsten notwendig wäre. Die „Wanderer“ haben sich entweder bettelnd ausreichend versorgt, oder sind in der glücklichen Lage, die erforderlichen Gegenleistungen in Form von Speck, Butter, Eiern oder auch blauen und braunen Lappen bieten zu können.

Welche Mühe und Scherezei hat unsereiner schon von der Beschaffung eines Bezugsgegenstandes, und hat man ihn endlich glücklich erwirbt, dann beginnen erst die Schwierigkeiten. Der Handel auf diesem Gebiete ist größtenteils Zwischhandel; soweit er es nicht ist, sind die geforderten Preise so phantastisch hoch, daß nur reiche Leute sie zahlen können. Hiervon machen auch die Erzhoffen (Papiergewebe) keine Ausnahme.

Zwar ist mancherlei geschehen, um der dringenden Not zu steuern; mancherlei, und doch nicht genug, und vor allem nicht das Richtige. Die Reichsbedarfsstellen hat Sammelstellen für Kleider errichtet, die Erzhoffenindustrie gefördert, „Werte aus Wertlosem“ vorgeführt und sehr viele Ermahnungen an die Bevölkerung gerichtet, die vorhandenen Bestände in jeder Weise zu sparen, zu fluden, umzuarbeiten. Auch ohne die Ermahnungen leisten die Hausfrauen notgedrungen in der „pfleglichen“ Behandlung der vorhandenen Kleidungsstücke das Menschensmöglichste. Aber es fehlt auch hier an notwendigen: für die Wäsche an geeigneten Waschmitteln, für Fluden und Stopfen an Näh- und Stopfgarn. Die Verordnung, wonach das Nähgarn in öffentliche Bewirtschaftung genommen wird, ist auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Was soll mit den paar Fäden groß gebeßert werden? Darüber grassiert gerade auf diesem Gebiete der schamlose Preiswucher und Schleichhandel, wie überall, wo ein Notstand vorhanden ist. Unter diesen Umständen ist es im höchsten Grade zu verwundern und anzuerkennen, daß unsere Arbeiterfrauen ihre Kleider noch immer anständig und sauber gekleidet nach der Schule schicken.

Es gibt nur ein Mittel, durch das die Not zwar nicht beseitigt, aber doch erträglich gestaltet werden könnte: die Beschaffung und öffentliche Bewirtschaftung aller Bestände an Wäsche, Kleidern und Schuhen. So lange die Regierung vor dem Widerstand der Händler zurückweicht, so lange wird der Notstand nicht nur nicht gebessert, sondern täglich schlimmer werden. Die Einführung von Bezugsstellen ohne Beschaffung bleibt wirkungslos, wenn zahlreiche Händler ihre Waren ohne Bezugschein, natürlich gegen die „entsprechende“ Erhöhung des Kaufpreises, an ihre Kunden abgeben. Und daß diese Praxis massenhaft geübt wird, ist ja auch wohl der Reichsbedarfsstellen und ihren örtlichen Ablegern kein Geheimnis geblieben.

In Friedenszeiten rechnete man mit einem Kleiderhandelsausgang von 33 1/2 Prozent, dessen Höhe festgestellt wurde mit dem Kfisa, das mit diesem Handel in Anbetracht des raschen Modewechsels verbunden war. Von diesem Risiko kann heute gar keine Rede mehr sein. Jede Ware findet ihren Käufer und um so

leibter, je älter sie ist, weil dem durch frühe Erfahrungen gewichtigsten Verbraucher heutzutage durch an friebens- als an modernen Stoffen liegt. Ganz unbegründet aber ist es, wenn jetzt, da die Preise auf das Zehnfache und Zwanzigfache des Friebensstandes gestiegen sind, der gleiche Prozentsatz für die Unkosten beibehalten wird, so daß für ein Meter Stoff, der früher 8 Mk. im Kleinhandel kostete, und bei dem der Buchbinder des Händlers etwa 2,50 Mk. betrug, heute 25 Mk. Spesen berechnet werden. Es ist allerhöchste Zeit, daß diese Kalkulationsgrundzüge durch die Preisprüfungsstellen und das Kriegswirtschaftsamt einer Nachprüfung unterzogen werden. Und es ist einfach unverständlich, wie die Reichsbelegungsstelle den Händlern diesen unberechtigten hohen Nutzen zu billigen kann für die Kleidungsstücke, die der minderbemittelten Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die neuerliche Hoffnung der Reichsbelegungsstelle, daß durch freiwillige Abgabe die nötigen Kleidungsstücke aufgebracht werden könnten, teilen wir nicht, und selbstam berührt die „Bestellung“, daß „ein wirklicher Mangel an Bekleidung nicht eintreten wird“. Nicht eintreten wird? Er ist ja schon vorhanden. Freilich nur in den Kreisen, mit denen die Herren von der Reichsbelegungsstelle vermutlich weniger in Berührung kommen.

Wir wiederholen: Es gibt nur ein durchgreifendes Mittel, der Kleidernot zu steuern: Beschlagnahme und öffentliche Verwertung aller vorhandenen Bestände. Das Wohl des Ganzen steht höher als das eines einzelnen Erwerbsstandes. Es wird die höchste Zeit, daß endlich Durchgreifendes geschieht, sonst kann man dem nächsten Winter nur mit Grauen entgegensehen.

Feldpostbriefe nach Oesfel, Woon und Dago. Der Staatssekretär des Reichspostamts hat unter dem 18. d. Mts. folgende Bekanntmachung erlassen: Nichtamtliche Feldpostbriefe im Gewicht von mehr als 50 Gramm (Wäddchen) für die Belagerung der belagerten Inseln Oesfel, Woon und Dago, insbesondere solche mit der Bezeichnung „Deutsche Feldpost 385“ in der Aufschrift, werden von jetzt ab wieder angenommen und befördert.

Legitimationspapiere und Meldevorschriften für Eisenbahnreisende. Es ist bekannt, daß zum Schutz gegen die feindliche Spionagetätigkeit der Personenverkehr auf den Eisenbahnen unter besondere militärische Kontrolle gestellt ist. Reisende, die von den Ueberwachungsbeamten ohne ausreichende Legitimationspapiere betroffen werden, laufen Gefahr, von ihnen festgenommen und der nächsten Polizeiwache zugeführt zu werden. In keinem eigenen Interesse ist daher jedem Reisenden, auch den deutschen Staatsangehörigen, dringend anzuraten, sich für jede Reise mit ausreichenden, noch nicht abgelassenen Legitimationspapieren zu versehen. Ungültig gewordene Pässe usw. werden von den Ueberwachungsbeamten den betreffenden Reisenden abgenommen. Für Ausländer, und zwar nicht nur feindliche, sondern auch für neutrale und verbündete Ausländer, bestehen außerdem für die Dauer der Kriegszeit besondere Meldevorschriften. Sie haben sich bei den Polizeibehörden ihres Wohnortes und der von ihnen besuchten Orte an- und abzumelden und sich diese Meldungen in ihrem Paß, den sie auf Reisen bei sich führen müssen, bescheinigen zu lassen. Unterlassen sie diese Meldung, so haben sie zu gewärtigen, daß Anzeige gegen sie bei der Staatsanwaltschaft erfolgt wird und ihre Bestrafung erfolgt. Diese Bestimmung gilt auch für deutsche Frauen, die sich mit Ausländern verheiratet haben, weil sie durch die Eheschließung die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben.

Die Schiffswerft von Henry Koch A.-G. in Lübeck verleiht joden den Bericht über ihr zehntes Geschäftsjahr 1917. Danach war das Geschäftsergebnis sehr befriedigend. Der Jahresgewinn nach Abzug der allgemeinen Unkosten der wesentlichen Ausgaben für Krankentasse, Invalidität, Berufsgenossenschaft und Aufwendungen anlässlich des Krieges, sowie nach Berücksichtigung der unter Gläubiger verbuchten Rückstellungen für Kriegsgewinnsteuer und sonstigen Anfordernissen, und weiter nach geschlossenen Zuschreibungen zum ordentlichen Reservefond beträgt einschließlich des Vortrages aus 1916 im Betrage von 3 488,14 Mark **469 699,20 Mk.** Der verbleibende Reingewinn von 274 707,92 Mk. soll wie folgt verwendet werden: Ueberweisung zur Einkommensteuer 3 600 Mark, 4 Prozent Gewinnverteilung auf 3 600 000 Mk. Aktienkapital 143 000 Mk., Vergütung an den Aufsichtsrat 18 543,74 Mk., 3 Proz. Nachgewinn-Verteilung 108 000 Mark, zusammen 274 148,74 Mk., jedoch ein Betrag auf neue

Rechnung verbleibt mit 664,28 Mk. Weiter wird vorgeschlagen, den Spezialreservefond von 100 000 Mk. aufzulösen, und den Betrag dem ordentlichen Reservefond zu überweisen, sodas dieser dann mit der diesjährigen Zuweisung 185 084,92 Mk. beträgt. Die Gewinn- und Verlust-Rechnung schließt in Summe und Gaben mit 1 147 620,61 Mk. ab. Aus der Vermögensaufstellung seien folgende Riffen hervorgehoben: Grundstücke 501 200 Mk., Gebäude 95 000 Mk., Maschinen usw. 205 000 Mk., Werkzeuge usw. 68 000 Mk., Doctanlage 520 196,88 Mk., Wertpapiere 737 097 Mk., in Arbeit befindliche Neubauten und Reparaturen 3 381 029,58 Mark, Materialien und Waren 781 400,18 Mk., ausgeführte Arbeiten für Verfertigergrößen und Verfertigergrößenunkosten. 289 598,26 Mk., Bankguthaben 2 161 428,90 Mk., Außenstände 480 790,21 Mk., Vermögen und Schulden schließen ab mit 9 088 269,09 Mk. Ueber die Arbeiten zum Umbau und zur Vergrößerung des Wertes wird gesagt, daß sie infolge der Kriegsverhältnisse nur sehr wenig gefördert werden konnten, sodas das vergrößerte Aktienkapital seine bestimmungsmäßige Verwendung noch nicht hat finden können.

Das zwanzigste vollständige Konzert des Vereins der Musikfreunde brachte am Montag eine Anzahl sehr interessante Programmnummern. Mehr historisches Interesse hatten die von Georg Göhler bearbeiteten Stücke von Johann Hermann Schein, die dreihundert Jahre alt sind. Auch die übrigen Nummern des ersten Teiles waren Werke älterer Komponisten, die in ihrer Eigenart manches Reizvolle boten. Sehr hübsch sind Schuberts „Walzer nobles“, die mit großem Beifall aufgenommen wurden. Den größten Erfolg hatte Dr. Göhler mit seinem „Carina-Walzer“, der außerordentlich gefällig und wirksam ist und zur Wiederholung begehrt wurde. Auch die übrigen Programmnummern, die unter Dr. Göhlers Leitung geschmackvoll zu Gehör kamen, fanden lebhaften Beifall. — Weßhalb werden die Konzerte nicht mehr bekannt gegeben, damit weitere Kreise darauf hingewiesen werden?

Die Frauennarbeit in der Uebergangswirtschaft. Auf den am Donnerstag, dem 25. April d. J., abends 8 Uhr, im großen Saale der Gemeinnützigen Gesellschaft, Königstraße 5, stattfindenden Vortrage von Fr. Dr. Giesel-Berlin über „Die Frauennarbeit in der Uebergangswirtschaft“ verfehlen wir nicht an dieser Stelle nochmals hinzuweisen.

Kriegsflüchtlinge. Die Ausgabe des Fackener Allee 10 wird zum Sonnabend, dem 27. April, in die Freidank — auf dem städtischen Schlachthof — verlegt.

Hamburg. Die Sozialdemokratie in der hamburgischen Verwaltung. Es hat sehr lange gedauert, bis die bürgerlichen Parteien der Hamburger Bürgerschaft und die Behörden sich mit dem Eintritt sozialdemokratischer Vertreter in die letzteren befreundet haben. Bis auf die eine Ausnahme der Baupflegekommission, die, obwohl eine Behörde im Sinne der Verfassung, doch nach der Weise der sonstigen Senats- und Bürgerchaftskommissionen zusammengesetzt wurde, wobei dann die Sozialdemokratie nicht gut zu umgehen war, mußte erst der furchtbare Weltkrieg kommen, um den Wall von Vorurteilen gegen den Eintritt von Sozialdemokraten in die hamburgischen Selbstverwaltungsorgane hinwegzuräumen. Die Sozialdemokratie ist nunmehr in acht Verwaltungsbehörden, außerdem im Kriegsverwaltungsrat und in der Baupflegekommission vertreten: in der Behörde für das Gewerbe- und Fortbildungswesen (Emil Krause), im Armenkollegium (Paul Hoffmann), in der Behörde für Beschäftigungswejen (Berthold Grosse), in der Schlachthofdeputation (Henri Everling), in der Deputation für Handel, Schifffahrt und Gewerbe (Heinrich Lorenz), in der Behörde für öffentliche Jugendfürsorge (Karl Senke), in der Vormundschaftsbehörde (August Hud) und in der Oberstufbehörde (Emil Krause). Nicht vertreten sind wir in der Finanzdeputation, der Baudeputation, der Abteilung für Gefängniswesen bei der Justizverwaltung, der Deputation für die Stadtmasserkunst, der Deputation für das Beleuchtungswejen, der Deputation für das Feuerlöschwejen, der Steuerdeputation, der Deputation für indirekte Steuern und Abgaben, der Behörde für Wohnungsfürsorge, im Medizinalkollegium, im Krankenhauskollegium und in der Behörde für das Sanftkonnzeijenswejen. Es wird von der sozialdemokratischen Fraktion

natürlich eifrig angestrebt, daß auch in diese Behörden Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterklasse hineingewählt werden. Bei den unteren Verwaltungsbehörden in der Armen- und Schülerverswaltung und in der Waisen- und Wohnungspflege ist die Beteiligung noch sehr gering. Zwei, drei Schulpfleger, eine geringe Anzahl Armenpfleger und ein paar Wohnungs- und Waisenschwäger, das ist so ziemlich alles.

Kiel. Ein Riesenbiebstahl. Aus einem Blusen-geschäft in der Bergstraße sind in der Nacht zum Sonntag für 40 000 Mk. Blusen verschiedener Art und Farbe, seidene Röcke und Unterwäsche gestohlen worden. Die Einbrecher haben die Sachen wahrscheinlich in Säcken oder größeren Bündeln, vielleicht auch in Koffern verpackt, fortgeschafft.

Bremen. Der Messerstecher verhaftet. In der Nacht auf Sonntag ist eine Arbeiterin vom Wege aus der Stadt um 12 1/2 Uhr an der Waller Meerstraße in der Nähe von Kaffee-Mattfeld von einem Manne in die Brust gestochen worden. Die Tat ähnelt in ihrer ganzen Art den Mordankfällen, die am 28. März bezw. 8. April in der Waller Vorstadt an Frauen verübt wurden und wobei die Arbeiterin Bertha Kial ihr Leben einbüßte, so sehr, daß nur ein Täter in Frage kommt. Die Ermittlungen führten zu der Festnahme eines früheren, jetzt wegen Geisteskrankheit inwaiden Schiffszimmermanns. Nach der Vernehmung besteht kaum noch ein Zweifel, daß der offenbar trank Mann als Täter in allen drei Fällen in Frage kommt.

Neueste Nachrichten.

Ein Fallstrich für das gleiche Wahlrecht.

Berlin, 24. April. Im Abgeordnetenhaus hat der Abgeordnete Dr. Berndt-Marburg für die Plenarverhandlung der Wahlrechtsvorlage folgenden Antrag gestellt: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, dem Artikel 107 der Verfassungsurkunde folgenden Passus hinzuzufügen: Für Änderungen der Verfassung, sowie für Änderungen der gesetzlichen Bestimmungen über das Wahlrecht zum Landtage und den Gemeinden ist in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln erforderlich.

Vor neuen Kämpfen in Westeuropa.

Lugano, 24. April. Der „Secolo“ berichtet aus Paris: Die intakte englische Front bei Arras liegt unter schwerem Feuer des Feindes. Auf dem rechten Flügel des Sommerschlachtfeldes bereiten sich neue strategische Unternehmungen vor dem Kampfe vor.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Daheimgebliebene!
An Euch geht in diesen Tagen dringender als je der Ruf des Vaterlandes:
1993
Bringt Euer Gold zur Goldankaufsstelle!

Bekanntmachung.

Der Knochenverkauf in der Markthalle
findet statt am Donnerstag, dem 25. April 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr für die Knochenbezugsarten Nr. 2001 bis 3000 und am Freitag, dem 26. April 1918, vormittags von 8 bis 12 Uhr für die Knochenbezugsarten Nr. 3001 bis 4000.
Ein freihändiger Verkauf der etwa übrig bleibenden Knochen findet nicht statt.
Lübeck, den 23. April 1918. (2006)

Das Polizeiamt.

Kriegsküchen.

Die Ausgabe des Fackener Allee 10 wird zum Sonnabend, dem 27. April, in die Freidank — auf dem städtischen Schlachthof — verlegt. (2004)

Liebesgaben für heimkehrende Kriegsgefangene
erbitten wir durch Einzahlung von **6 Mark für je ein Paket** an die Commerzbank, J. Boldemann. Vereine vom Roten Kreuz. Abteilung Liebesgaben. (1996)

Wegen anderweiliger Benützung der Räume im Logenhaus St. Annenstr. 2 bleiben die Zentrale vom Roten Kreuz und die Kleiderkammer für Kriegerfrauen am Donnerstag, dem 25. April, (2000) geschlossen.

Sozialdemokrat. Verein Lübeck.
Als weitere Opfer des erregenden Krieges seien unsere Genossen **Aug. Friederichs** und **Emil Gieneke** (Ehre ihren Familien!) Der Vorstand. (2005)

Sieben erhielten wir die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, der Geizerte (2008) **Andreas Schütt** Jahrgang des Roten Kreuzes II. Klasse und des Lübecker Danseatenkreuzes im 22. Lebensjahre am 5. April dem grausamen Kriege zum Opfer gefallen ist. In tiefer Trauer Seine Eltern u. Geschwister **Landst. F. Schütt u. Frau** geb. Meier. Sedanstraße 20. (2009)

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands Zahlstelle Lübeck.
Als weitere Opfer des grausamen Krieges seien unsere Mitglieder, die Kollegen **Otto Lankau** und **Hans Stegmann.** Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren. 2009 Die Ortsverwaltung.

Für Beweise inniger Teilnahme zur Silberhochzeit danken herzlich (2010) **A. Hinz und Frau** Fackenburg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Lübeck.
Die angegriffene Stelle einer weiblichen Hilfskraft ist besetzt. (2007) Allen Bewerberinnen für Bemühungen besten Dank.

Oberleder für Holz- Leder- Schuhe. Anfertigung nur nach Modellen bei **C. Grimm Nachf.** Lederhandlung. 1999

Sammelt Blumentöpfe!

Blumentopf = 1 Gutschein!
Hauptablieferungstag: Sonnabend, den 27. April 1918. (1997)
In diesem Tage freie Benützung des Glasrabes für alle.
Sammelstelle Salzspeicher.
Kriegs-Brodenjammung.

Glascheiben aller Art off. O. Sandwich, Glashandlg., Fleischhauerstr. 35, Fernr. 2808 (1904)

Sanitätsverband d. freien Hilfskassen Lübecks

General-Versammlung am Donnerstag, 25. April 1918 abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1918. 2. Gausere-Kassenangelegenheiten. (2001) Der Vorstand.

Trockenes Tannenholz zum Anheizen frei Haus per Sacl 3.20, ab Lager 3.— empfiehlt (1995) **Heinrich Boye,** Kohlen- und Holzhandlung, Lindenstr. 17 a. Fernruf 918.

Hansatheater. Zweimaliges Gastspiel Julian Martini-Basch Oberspielleiter vom Carl-Schulze-Theater in Hamburg. Mittwoch, den 24. April, abends 7 1/2 Uhr: **Die Dollarprinzessin** John Coudot Julian Martini-Basch a. G. Vorzugskarten haben keine Gültigkeit. (1998)

Stadttheater. 2002
Mittwoch, den 24. April 1918: Zum letzten Male: **Wiener Blut.** Donnerstag, d. 25. April 1918: Abschiedsvorstellung für Dr. Fr. Reisch Neuheit! Neuheit!
Das Hündchen d. Herzogin Komische Oper v. W. Mauke. Freitag, den 26. April 1918: Abschiedsvorstellung für Ferdinand Steinhof und Irmgard Bern:
Gyges und sein Ring. Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Hansa-Theater. Donnerstag, 25. April, abends 7 1/2 Uhr: Zum ersten Male: **Jung muß man sein!** Operette in 3 Akten von J. Gilbert. 2011

Ein gutes Steuerprogramm.

In einer Eingabe zur Beschleunigung der Reichsfinanzreform stellt die Kriegswirtschaftliche Vereinigung, Arbeitsauschuss für Uebergangswirtschaft, folgende Forderungen auf:

- I. Vorbedingung für eine gedeihliche Uebergangswirtschaft ist das Zustandekommen des Reichsfinanzreformgesetzes noch während des Krieges.
 - II. Aufgabe der Reichsfinanzreform ist: 1. die allmähliche Verminderung der Kriegsschulden; 2. die Sicherstellung dauernder laufender Einnahmen zur Verzinsung der verbleibenden Kriegsschulden und zur Erfüllung der übrigen rechtlichen und sittlichen Verpflichtungen des Reiches.
 - III. Bei Lösung dieser Aufgabe ist vor allem Rücksicht zu nehmen auf: 1. die Wiedergesundung des Volkswirtschafts; 2. den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft.
 - IV. Dazu ist erforderlich: 1. Belastung nach der Leistungsfähigkeit; 2. Vermeidung von Produktion und Absatz hemmenden Steuern.
- Zur Ausführung dieser Forderungen wird nachstehendes Finanzprogramm vorgeschlagen:
1. Einmalige Vermögensabgabe in Höhe von 25 Proz. des Vermögens der physischen Personen, Vereine, Stiftungen, Fideikommiss und Kirchen.
 2. Pflichtteil des Reiches bei Erblassern, die nicht wenigstens drei Kinder oder Nachkommen von drei Kindern hinterlassen.
 3. Erbschaftsteuer auf alle Anfälle, abgestuft nach dem Verwandtschaftsgrad und dem nunmehrigen Gesamtvermögen des Erben.
 4. Einkommensteuer:
 - a) Physische Zensiten: Steuerfrei bei jedem unterhaltsberechtigten Angehörigen weitere 300 Mark; besteuert (für Reich, Staat und Gemeinde zusammen) die folgenden ersten 300 Mark mit 24 Mark, die nächsten 300 Mark mit 26 Mark, die nächsten 300 Mark mit 28 Mark usw. bis zu einem Höchstbetrage von 120 Mark für die neunundvierzigsten und alle weiteren 300 Mark.
 - b) Nichtphysische Zensiten: wie physische Zensiten, abzugsfähig 5 Prozent des Kurswertes des eingezahlten Kapitals.
 5. Aufwand- und Vermögenszuwachssteuer in Höhe von 15 Prozent. Steuerfrei bei jedem Steuerzahler 6000 Mark, für jeden unterhaltungsberechtigten Angehörigen weitere 2000 Mark, außerdem zwei Drittel des Vermögenszuwachses.
 6. Einführung von Monopolen, die, ohne Gegenstände des notwendigen Bedarfs wesentlich zu verteuern, große Erträge bringen können.
 7. Abschaffung der Finanzzölle.
 8. Aufhebung bestehender unergiebiger Steuern und organische Eingliederung aller Steuern in das neue Finanzsystem.

Ohne mit jedem Punkte dieses Steuerprogramms unbedingt einverstanden zu sein, kann man doch sagen, daß es im ganzen einen erheblich besseren Eindruck macht als das jetzt von der Regierung vorgelegte Steuerbudget.

Warum die neue Regelung der Schwerverwundung nicht funktionieren kann.

Es besteht kein Zweifel, daß keine Verteilungsregelung in der Kriegswirtschaft so arg Fiasko gemacht hat, wie das sogenannte Bezugscheinverfahren für Kleider und Schuhe. Wer neue Bekleidung haben will und über die nötigen Mittel verfügt, bekommt alles, was er haben will. Der Bezugschein bietet dabei die geringste Schwierigkeit. Der Grundfehler ist, daß die Kommunalverbände bei der Verteilung der Waren nichts zu sagen haben und in Un-

kenntnis gelassen werden über die dem Handel zugewiesenen Vorräte, so daß ihnen irgendwelche Möglichkeit zu wirksamer Kontrolle vollkommen fehlt. Selbst auf die Verteilung und den Verkauf der guten und billigen Beuteware haben die Kommunalverbände keinerlei Einfluß. Den Händlern ist zwar die Einhaltung bestimmter Preise vorgeschrieben, aber im übrigen sind ihnen keinerlei Bedingungen auferlegt, die Stoffe an wirklich Bedürftige oder Minderbemittelte abzuleiten. Die „bessere Kundenschaft“ hat auch hier den Vorteil.

Die Interessenten, die in der Reichsbekleidungsstelle den Gang der Geschäfte ausschlaggebend beeinflussen, wissen, wofür sie an den einflussreichen Stellen sitzen und was für dem Handel schuldig sind.

Lehnlige Verhältnisse wie im Bekleidungswejen werden sich aller Voraussicht nach bei der Schuhrregelung herausbilden, trotz der seit kurzem arbeitenden neuen Organisation. Auch hier hat man wiederum die Kommunalverbände ausgeschaltet, so daß ihnen jeglicher Ueberblick über die dem Handel zugewiesenen Mengen an Schuhwaren fehlt. Die ganz natürliche Folge ist, daß die Händler mit ihrer Ware nach Belieben schalten können, ohne unliebsame behördliche Eingriffe befürchten zu müssen. Da unter den jetzigen Verhältnissen der Kunde vom Lande, der in der Lage ist, die Kaufkraft seines Geldes vollwertiger zu machen durch Befügung von Butter, Eiern und anderen begehrten Dingen, heute eine weit höhere Nummer hat als der Städter, der nur sein „gutes“ Geld in die Wagsgale zu werfen vermag, so wird bei der Freizügigkeit der Schuhbedarfscheine der Hauptteil des eingehenden Lederfußwerts wie bisher schon, auch künftig aufs Land abwandern, und zwar um so mehr, je strenger in den Städten die Ausgabe der Bedarfscheine gehandhabt, je geringer sich also der Absatz gestaltet auf Grund städtischer Bedarfscheine. Da die ländlichen Gemeindebehörden allgemein ziemlich freigebig verfahren bei der Ausstellung von Bezugscheinen, so hat die Bevölkerung vom Lande allein den Vorteil von einer strengen Prüfung in den Städten. Während somit die städtische Bevölkerung überwiegend auf das jetzt bezugscheinfreie schlechte Holzschuhwerk angewiesen sein wird, wird man auf dem Lande das Lederschuwerk erhalten.

Hier rächt sich die Freizügigkeit der Bezugscheine. Eine solche ist dann angebracht, wenn die zur Verteilung gelangende Ware öffentlich erfaßt, ihr Verbleib also ständig kontrolliert werden kann und sich im Rahmen der allgemeinen Erfassung bewegt. Anders ist es indessen jetzt bei Kleidern und Schuhen, von deren in ihrem Bezirk befindlichen Gesamtmenge die Kommunalverbände keine Ahnung haben und infolgedessen auch nicht in der Lage sind, eine gerechte Verteilung zu gewährleisten. Vorbedingung für die Freizügigkeit ist aber die öffentliche Erfassung der Vorräte.

Ist die Bewirtschaftung leicht verderblicher Lebensmittel durch die öffentliche Hand möglich geworden, dann ist nicht einzusehen, warum daselbe nicht bei unverderblicher Lagerware durchgeführt werden soll. Aber nicht die Undurchführbarkeit ist bei der Gestaltung der neuen Schuhrregelung maßgebend gewesen, sondern ausschlaggebend waren, wie so oft, die Interessen des Handels!

Für unsere Feldgrauen.

Sozialdemokratische Anträge zum Militärstat.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Hauptauschuß folgende Anträge eingebracht: den Reichskanzler zu ersuchen,

1. zu veranlassen, daß die Entschädigung der auf Selbstverwundung angewiesenen Mannschaften von 2 Mk. auf 2,50 Mk., in Berlin auf 3 Mk. für den Tag erhöht wird;
2. darauf hinzuwirken, daß den deutschen Kriegsgefangenen die Zeit ihrer Gefangenschaft als Dienstzeit angerechnet wird;
3. daß jedem Angehörigen des Mannschaftsstandes, soweit ein Bedürfnis dazu vorliegt, bei der Entlassung aus dem Heeresdienst eine brauchbare Uniform und ein Paar gute Stiefel kostenlos überlassen werden;

4. zu veranlassen, daß die Verordnung vom 24. Januar 1918, betreffend Wegfall von Zulagen, schnelligt aufgehoben wird;

5. mit aller Beschleunigung eine Erhöhung der Bezüge der militärischen Friedenspensionäre aus dem Mannschaftsstande herbeizuführen;

6. dahin zu wirken, daß den länger als drei Jahre dienenden Mannschaften eine Zulage, nach der Länge der Dienstzeit bemessen, gewährt wird.

Ernährungsfragen.

Die Marmelade-Marmelade.

Ueber ein Meisterstück der Lebensmittelverwertung, sowohl hinsichtlich der Schmeckhaftigkeit wie auch der Billigkeit der Zuweisung wird der „Voss. Ztg.“ aus Werder geschrieben: In Werder werden bekanntlich Tausende von Zentnern Marmelade hergestellt. In den letzten Wochen wurde nun unsere Stadt von der zuständigen Stelle ebenfalls mit Brotauftrieb beehrt. Unsere Marmeladenfabrik verlor die Marmelade nach Belgien. Dort wurde sie auf der Verteilungsstelle ausgeladen, um nach ein paar Tagen wieder nach Werder verladen zu werden. Hier nahm sie derselbe Spediteur wieder in Empfang und brachte sie nach der Verteilungsstelle, die sie ihrerseits wieder ihren hiesigen Kaufleuten zustellte. Der Transport soll zwar der Marmelade nichts geschadet haben, die Transportkosten aber trägt die Stadt.

Aus Nah und Fern.

Für 200 000 Mark Seide verschoben. Eine große Schiebung mit Seide ist von der Berliner Kriminalpolizei aufgedeckt worden. Der Rufführer und jahrausläufige Soldat Hermann Gorske verschaffte sich unter dem Namen Möller Stellung bei einem Spediteur. Dieser vertraute ihm unter anderen Ladungen auch Seidenstoffe von mehr als 200 000 Mark an. Statt sie nach ihrem Bestimmungsort zu befördern, ließ Gorske sie durch vier ihm bekannte Männer stehlen und mit Handwagen zu drei Helfern schaffen. Der Anführer und die Diebe erhielten für die ganze Ladung 8000 Mark. Als Beamte des 5. Kriminalbezirks der Spur nachgingen, fanden sie die Stoffe schon in fünfser und sechser Hand. Man fand sie bei Privatleuten in Schöneberg und Charlottenburg wieder, beschlagnahmte sie und stellte sie dem Spediteur wieder zu. Die Stoffe hatten nur 36 Stunden gebraucht, um von dem Wagen bis zu den letzten Besitzern zu wandern. Diese hatten zusammen 45 000 Mark gezahlt.

Familientragödie. In ihrer Wohnung in Berlin wurde die 33jährige Zimmermannsrau Minna Hendrich nebst ihren drei Söhnen im Alter von 17, 13 und 9 Jahren tot aufgefunden. Nach den Feststellungen liegt absichtliche Gaskernung vor.

Kriegsgewinne. Bei der Oberschlesischen Eisen-Industrie-A.G. für Bergbau und Hüttenbetrieb Gleiwitz beträgt für 1917 der Bruttogewinn 12 554 444 Mk. gegen 9 426 247 Mk. im Vorjahre, der Reingewinn 10 005 116 Mk. gegen 7 591 754 Mk. im Vorjahre, wozu 5 Millionen gegen 4 Millionen im Vorjahre auf das Anlagekonto abgeschrieben und 14 gegen 10 Prozent Dividende vorgeschlagen werden. Die Gesellschaft ist in allen Betrieben sehr stark beschäftigt.

Die Bilanz der Soda-Werke A.G. ergibt 1917 einen Rohertrag von 57 975 580 Kr. (Vorjahr 46 438 535) und nach Abzug der Lasten einen Reingewinn von 20 945 580 Kr. (Vorjahr 19 271 428). Die Dividende wurde mit 76 Kr. gleich 17 1/2 Prozent wie im Vorjahre bemessen. Dem außerordentlichen Reserverfonds wurden 2 977 029 Kr. zugewiesen und 1 864 693 Kr. auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Kriminalbeamte als Räuberhauptmann. Vor einigen Tagen wurde auf der Schaufenstraße in Köln in ein Seidenlager eingebrochen, wobei für rund 120 000 Mk. Ware erbeutet wurde. Man fand am Morgen einen Wächter mit einem Knobel im Munde auf dem Boden des Lagers vor. 5000 Mk. Belohnung wurden ausgesetzt. Bald aber ergab sich, daß der Wächter mit den Spühhunden, deren Haupt der Kriminalbeamte Hartmann war, gemeinsam die Sache gemacht hatte. Der Beamte und der Wächter sind ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Familien драма in Saßburg. Der Odenfabrikant Karl Brunner vergiftete seine 33jährige Frau sowie seine drei Kinder im Alter zwischen sechs und zehn Jahren und tötete sich darauf selbst durch einen Schuß in den Kopf. In einem hinterlassenen Briefe schreibt der Unglückliche, daß er die Tat wegen finanzieller Schwierigkeiten begangen habe.

Diethelm von Buchenberg.

Eine Schwarzwälder Dorfgeschichte von Berthold Muerbach.
7. Fortsetzung.

Um dieselbe Zeit lag in Buchenberg noch die Frau Diethelms harrend bei der einsamen Lampe. Es war eine Frau vor großer, harter Gestalt und feinem, fast vogelartigem Gesicht, sie war ernstlich älter als Diethelm; und wie sie jetzt, tief Atem holend, vom Spinnen aufschaute und in die Lampe hineinstarrte, sah man ein schwerer Kummer sich in diesem Antlitz heimlich angesiedelt hatte. Sie hatte heute alle heimkehrenden Marktgänger nach ihrem Manne ausgefragt; die einen gaben nur halbes Bescheid, die anderen verkündeten Dinge, die ungläublich waren. Breitlich hielt Diethelm streng darauf, daß sie keine volle Einsicht in seine Handelssache hatte, so viel aber wußte sie doch, daß er jetzt bar Geld brauchte, er konnte also unmöglich eingetauscht haben. Mit den heimkehrenden Marktgängern, ihren mitgebrachten Lederspannen, Gewandstücken, Kinderpfaffen und Kindertrumpfen, mit der Musterung der eingetauchten Pferde und Rüge, vor allem aber mit der sämenden Laune der Angetrufenen war etwas von dem geräuschvollen Marktgeräusch in das stille Dorf gedrungen, und die Heimgebliebenen sahen dem verwunderlich zu; vor allem aber betrachtete die Grobbäuerin — wie Martha Diethelm noch immer nach ihrem ersten Manne genannt wurde — das alles, als wäre es etwas Unerhörtes. Da zeigten die einen die neuen Schuhe und Stiefel, die sie in der Hand trugen, und ließen um den Preis raten, oder sie übergaben den Kindern die für sie eingetauchten, die damit davonrannten; andere ließen ihre neuen Hüte mühen, die sie auf dem Kopfe trugen, während sie die alten in der Hand hielten, und mancher Spatzvogel flüßte den neuen Hut über den alten auf den Kopf. Der Schmied hatte seinen Weisdomsrost quer über den Rücken gelegt und die Arme als Haken darüber geschlungen, Martha wußte nicht, was es die Weisdomsrobe über Ernst, als er ihr berichtete: der Diethelm käme zehnmal so reich wieder heim. Als es wieder still im Dorfe wurde, in den Häusern die Lichter erloschen und ein jedes im Kreise der Seinen erzählte, was ihm an heutigen wichtigen Tage begegnet war, sah Martha noch immer im Dunkeln in ihrer Stube. Ihr war so bang, sie war wie festgezaubert, daß sie der Magd nicht nach Licht rufen konnte; und als diese endlich von selbst damit kam, heiterte sie sich wieder auf; es war ja nichts Gefährliches, worüber sie zu bangen ein Recht hatte, und sie ließ sich gern von der Magd berichten, welche neuen Kleider und verglichen in das Dorf gekommen waren. Als endlich Schlafenszeit und noch immer kein Diethelm und keine ausweichende Nachricht von ihm kommen wollte, schickte sie die Magd ins Bett und legte sich an ihren Spinnrocken, um sich nach zu halten. Die Magd schlief kaum, die an Ketten hängenden Gedanken

felten nieder und packten an den Uhrzeiten. Martha erhob sich und zog die Uhr auf, sie erinnerte sich, wie in der ersten Zeit ihrer Ehe, als Diethelm noch „haustrich“ war, er jeden Abend selbst zur bestimmten Stunde die Uhr aufzog; sie betrachtete das Ziffernblatt: da stand mit großer Schrift ihr Name und der Diethelms, sowie die Jahreszahl ihrer Hochzeit in einem Blumenkranze. Damals als die Uhr zum erstenmal hier ging, war große Freude, und wieder schwere Stunden hat sie seitdem geschlagen, und wie ist sie selbst ein Erinnerungszeichen des Zerfalls geworden, denn diese einfache Uhr kostete dreitausend Gulden. Diethelm hatte für seinen Schwager, der sich mit dem Urenhandeln beschäftigte, um diese Summe Bürgschaft geleistet, der Schwager war in der Fremde geblieben, und man konnte noch von Glück sagen, daß er seine Familie nachkommen ließ, nachdem man sie mehrere Jahre ernähren mußte. — Ach! An alles knüpften sich traurige Erinnerungen.

Es war still ringsum, denn das Haus Diethelms lag weitab vom Dorf auf einer Anhöhe. Martha öffnete das Fenster, horchte hinauf und schaute hinein in die sterbliche Nacht, dann schickte sie sich wieder zur wachhaltenden Arbeit, und ihr ganzes Leben zog an ihrem Sinne vorbei. Jung verheiratet an einen grämlichen, bis zum Hungerleiden geizigen Mann, der nicht umhinfiel der Grobbauer hieß, hatte sie ein schweres Los; sie gebar drei Kinder, von denen sie zwei begrub, und nur das Älteste, eine Tochter, war ihr geblieben, als auch ihr Mann starb. Sie verfeindete sich mit ihrer ganzen Familie, besonders aber mit ihrem Bruder, dem Schauspieler David, als sie ihren überaus schmächtigen Knecht, den Diethelm heiratete. Die Leute sagten, der Diethelm habe um die Tochter Marthas gefreit, die Mutter aber habe ihn für sich behalten. Bald nachdem die Tochter auf den Kohlenhof, zwei Stunden von Buchenberg, verheiratet war, feierte Martha ihre Hochzeit mit Diethelm. Dieser, obgleich zwölf Jahre jünger, sah sie überaus glücklich mit seiner rüstigen, wohlhabenden Frau, er ehrte und erfreute sie, wo er es nur immer vermochte, und schien sich noch immer fast als Knecht zu betrachten, denn er verfügte über nichts in Haus und Feld, ohne vorher die Frau darum zu befragen.

Buchenberg gehört noch zu jenen Dörfern, wo alles miteinander verwandt ist, weil die großen Bauern nur unter sich heiraten. Um so glücklicher durfte sich Diethelm schämen, vom fremden Knechte zum reich angelegenen Hofbauern erhoben zu sein. Er sah sich das auch zu erkennen. Bald aber erkrankte Martha die Kunde, wie er hinter ihrem Rücken über Grobes verjüngte und nachhafte Summen seinen Verwandten schenkte. In jüngerer und doch so häufig vorkommender Verkehrtheit ging sie tages, ja wochenlang mit tiefem, immer sich steigendem Zorn in der Seele umher, und unnersehens, bei den geringsten Anlässen, brach sie in Verwünschungen in Schellen und Weimer aus, daß alles wurde getrübt

werde. Die Erwartung, daß Diethelm endlich selber seine geheime Schuld bekennen würde, konnte immer schwerer in Erfüllung gehen, denn Diethelm sah nun auf einmal in seiner Frau ein verändertes, zänkisches Wesen, sah sich für sein ganzes Leben ans Unglück geschmiebt und freute sich im stillen doppelt, daß er in der Aufsicht seiner Familie doch noch eine Freude habe, während ihm sonst nur Leid bevorstand. Er wußte doch jetzt, wofür er das zu erdulden habe. Dem allezeit leidenden Wesen seiner Frau setzte er unerbittliches Stillstehen gegenüber; und als er dies endlich brach, da die Frau ihn im Beisein des Wehgers über den eigenmächtigen Verkauf eines Kälbers hart anließ, erfuhr er endlich die lang verhaltenen Ursachen vom Zorn seiner Frau. Jetzt aber war der gerechte Grund ihres Unwillens längst in ihm vernichtet und abgekühlt, und mit schneidendem Spott erklärte er seiner Frau, daß er nicht, wie sie, kein Herz für die ihm angehörige Familie habe.

So verhiert es auch war, daß Diethelm seiner Frau ein Verhältnis zum Vorwurf machte, das doch nur um seiner willen eingetreten war, so wirkte dies doch so erbitternd auf Martha, daß sie ohne ein Wort zu sagen, mit hervorgequollenen Augen, mit knirschenden Zähnen und zitternd gekrakelten Fingern auf Diethelm eindrang; als wollte sie ihn in Stücke zerreißen. Diethelm stand starr und regungslos bei diesem Anblicke. So hatte er sich nie gedacht, daß seine Frau werden könne. Als sie nun ihm ganz nahe war, verzerrten sich ihre Miene zur grimmigsten Frage; aber sie legte nicht Hand an ihn, sondern stieß nur einen unartikulierten Schrei höchster Betrachtung aus und verließ die Stube.

Von jenem Tage an und gerade aus dem Ausbruch von so mächtigen Zorn- und Haßgedanken war eine seltsame und doch wieder so leicht erklärliche Einsicht in den Gemütern der beiden Ehegatten vorgegangen. Diethelm erkannte und sprach es aus, daß er seiner Frau unrecht getan, daß sie vollberechtigt sei, in der Verwendung ihres Besitztums darin zu reden. Er erklärte ihr nun die Hilflosigkeit seiner Angehörigen, und wie er sich schämen mußte, selber im Ueberflusse zu leben, während seine Nachbarn darben. Auch Martha erkannte dies, und daß sie ungerath gegen ihren Mann gewesen aber ausdrücklich bekennen konnte sie das nicht, obgleich sie oftmals auf Diethelms Gutherzigkeit zu sprechen kam und dabei das zum Verzweifeln farge Wesen ihres verstorbenen Mannes erwähnte. Sie schiedt nun selbst, so oft sich Gelegenheit gab, allerlei Leheweiler, und Diethelm, nun vollkommen gedeckt, wußte allen seinen Angehörigen gründlich aufhelfen. Ein wirklich ungewöhnlich mächtiger Familienzorn, dabei aber auch die Lust, frei und offen über ein großes Verbrechen zu verfügen, und vor allem die Ehre und der Ruhm, der ihm dadurch ward, ließen ihn fast keine Grenzen mehr kennen.

Fortsetzung folgt.

Wertmeister Kalinowski.

Von Julie Solowicz.

Er hatte sich spät von der Heimat losgerissen. — Als er schließlich nach Hause kam, fand er eine leere, verfallene Wohnung...

So durfte er ungehindert sein Bündel schnüren und zum Bahnhof des nächsten Städtchens wandern, um von dort nach Berlin zu reisen.

Er hatte keine besonderen Pläne und Hoffnungen, er machte sich nicht einmal ein festes Bild von dem, was er in der großen Stadt beginnen wollte.

So war er allein, unerfahren und ahnungslos, als er im Wirbel der Großstadt einer der Körper wurde, die von allen denkbaren Zufällen geschleudert, manchmal an die Oberfläche getrieben...

Paul Kalinowski war nicht unter denen, die für den Untergang bestimmt wurden. Er fand einen Herrn, der ihm Arbeit gab und er wurde, weil das in seiner Art lag, sein Knecht.

Ein reiche Freude an dieser Ernennung hatte übrigens nur die Frau gehabt, mit der er eine Verlobung eingegangen war und die ihn nun seit Jahren zu Hause zum Essen erwartete...

In den Arbeitsjahren, mit ihren gradlinigen Fenstern, die unter der Einwirkung des Geräusches dumpfender Maschinen leise klirrten, spielten noch keine Träume, und die Radspitzen der Mühle, die das Material zur Verarbeitung vorbereitete...

Die Zeit aber ging weiter an dem Unienhaken nach an ihm ohne Einwirkung vorüber. Als verdingt die Fabrik das Aktienbeleg hatte sich ausgedehnt, Paul Kalinowski indes begann zu fröheln: allerlei Hebel trafen sich in seine mühen Knochen ein.

Und eines Morgens war Paul Kalinowski noch ein neuer Geist entstanden, mit dem er sich außerhalb seines Körpers herauslagern mußte, der ihn mehr zu schreien machte, als seine Sprachorgane.

Aufmerksamkeit, und er sah den Aufreißerischen mit miszergnigten Augen an. Es war selbstverständlich, daß in diesem Zwiste Paul Kalinowski unterliegen mußte.

Nach 25 Jahren konnte er, infolge eines erzürnten Wortwechsels seine Kündigung in ein paar knappen Sätzen nach Hause tragen. Zwar glaubte er nicht an den Ernst dieser und erwartete mit großer Selbstverständlichkeit, man werde ihn ins Bureau rufen und ihn bitten, daß er bleiben möge...

Die Frau drängte immer erregter, er möge sich eine neue Stellung suchen, sie wolle nicht mit den Kindern am Hungertuche nagen über den Notgroßen aufessen. Er sah das ein, aber er rührte sich nicht.

Paul Kalinowski wurde unter dem Druck seiner Angst und Herzensnot unzugänglich wie ein Eremit, und wenn die Frau ihn aus seiner Dumpfheit aufheitigen wollte, hielt er sie mit drohenden Gebärden vom Leibe.

Das Tal des Jordanschlusses, die Stätte kürzlich gemeldeter deutsch-türkischer Kriegerfolge, ist ungemessen abwechslungsreich; bald umspült der Fluß sandige Hügel, bald schlängelt er sich zwischen niedrigen, mit Bäumen bestandenen, blütenreichen Ufern dahin...

Das Jordan-Land.

In der Gegend von Jericho, wo die große Straße von Jerusalem nach Damaskus den Jordan kreuzt, hat sich der Fluß sein Bett in Sand, Lehm und Schluff gegraben und zieht in einer Senke dahin...

Der Wasserlauf ist hier oben in den Bergen eng; Steine und Geröllschichten schmeiden seine weichen Geständer; auf der Hochfläche an beiden Ufern, die schon gewellt ist, dehnen sich große Getreidefelder aus...

Rechts des Jordans liegt Jericho, heutzutage Er Riba, gelegentlich auch Palmstadt, genannt. Jericho, das beinahe 300 Meter unter dem Meeresspiegel liegt, lebt heutzutage ausschließlich von dem Ruhme seiner Bergangenerie...

Das die Steuerprograme recht oft eine effige Sache ist, wissen wir alle. Das war auch früher so, wie folgender Vorfall an die Zeit erinnert, bevor der Staat...

Ein Steuerprogramm aus dem vorigen Jahrhundert.

Das die Steuerprograme recht oft eine effige Sache ist, wissen wir alle. Das war auch früher so, wie folgender Vorfall an die Zeit erinnert...

Besteuert den Kopf und den Schendrian, Das die Klaviergeklimper, Den musikalischen Größenwahn, Besteuert den Prüfer und Stämper, Besteuert Falschheit und Innatur, Besteuert bemalte Wangen...

Währenddessen haben sich die Steuermacher weniger an den ersten Teil der Wünsche gehalten, desto mehr aber die zum Leben notwendigen Artikel, wie Brot, Licht usw. versteuert. Und es wird immer schlimmer.

Kleines Feuilleton

Ein Vulkanausbruch auf San Salvador.

Erst jetzt kommt aus England ein einigermaßen ausführlicher Bericht über das Erdbeben und den Vulkanausbruch auf der Insel San Salvador vom 7. Juni 1917, der nicht viel weniger heftig und folgenschwerer gewesen zu sein scheint, als die Katastrophe von Martinique. Ein Augenzeuge dieses gewaltigen Naturereignisses berichtet: Schwache Erdstöße wurden schon mehrere Tage vor dem Fronleichnamstfest verspürt...

Die Verbindung zwischen Europa und Asien.

Der „Osmanische Lloyd“ veröffentlicht die Erklärungen eines Beamten des türkischen Arbeitsministeriums über das Projekt einer Verbindung zwischen Europa und Asien durch Tunnel oder Brücke. Das Ministerium ziehe, sagte der Beamte, schon vom ästhetischen Gesichtspunkte aus eine Brücke vor, die 42 Meter hoch und zwei Kilometer lang sein würde.

Aus Dr. Nagers Kriegs-Sprachwörterbuch.

Ich, wenn ich doch eine Wurst hätte, um damit nach der Speckseite zu werfen! Ich möchte jemandem Honig ums Maul schmieren — nämlich mir selbst! Apfelpreise. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm: Der Apfel zeigt nicht weit vom Stamm! Zwischen Lipp und Kehlstrand schwebt des Kettenhändlers Hand.

Heiteres

Letzte Note. „Haben Sie schon gehört, der Komponist Stehlmayer soll sich aus unbekanntem Motiven das Leben genommen haben.“ — „Aus unbekanntem Motiven? Das glaub' ich nicht!“

Mittel gegen die Auswanderung. In der Mitte des vorigen Jahrhunderts wurden verschiedene Gegenden von Mecklenburg von einem immer weiter um sich greifenden Auswandererfieber ergriffen. Eines Tages fragte ein Amtmann einen Dorfschulzen, welche Mittel man wohl anwenden könnte, um die Auswanderung nach Amerika zu hindern.

Stappentunjl. Bei einem Stappentunjl wird beschlossen, zu Wohlthätigkeitszwecken Kabale und Liebe aufzuführen. Der als Spielleiter fungierende Offizier gibt seinem Diener das Requite mit dem Auftrage, die nötigen Requisiten zu beschaffen.

Sehr einfach. Warum steht denn bei dieser Käse die Haus für beständig offen? — „Weil sie von selbst schließt.“

Salonisch. Der Mann dort war früher Hungerkünstler. — „Und jetzt?“ — „Jetzt ist er brotlos.“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Druck: Th. Schöner, Prof. Richard Meyer & Co.